

FLAGGE ZEIGEN

**AUS DEM TÄGLICHEN LEBEN IM
LAGER KARA TEPES / MORIA
VIDEOCHAT MIT JESUS UND
DAYAMIS**



SI-NEWSLETTER

**Liebe SI-Mitglieder!
Liebe Leserinnen und Leser!**

„Corona-Pandemie“ wurde als Wort des Jahres der deutschen Gesellschaft für Sprache erkoren. Ein Wort, das prägend für den Zustand der Gesellschaft steht. Eine Gesellschaft, die sich zusehends polarisiert angesichts der Rechtentwicklung der Regierungen und der Maßnahmen, die weltweit gegen die Corona-Pandemie ergriffen werden oder eben auch nicht. In Ländern mit rechten oder faschistischen Regierungen grassiert das Virus ungebremsst wie in Brasilien, den Philippinen, Türkei, Russland und in den USA. Brutal wird das Hauen und Stechen um die Verteilung von Impfstoffen werden. Es zeichnet sich ab, dass sich Corona weiter zur Armen-Pandemie entwickelt. Bis heute sind 1,5 Millionen Menschen bereits an der Pandemie gestorben. Eine angemessene gesundheitliche Versorgung gerät auch in „reichen“ Ländern an ihre Grenzen. Ganz zu schweigen davon, welch menschliches Elend sich in den Flüchtlingslagern an den europäischen Außengrenzen abspielt.

So berichtet Thomas Osten Sacken, der als Helfer in Moria vor Ort ist, dass die Caritas Österreich ca. 1,5 Millionen €, davon alleine ca. 850.000 € nach der Brandkatastrophe in Moria, gesammelt hat. Wohlwollend gerechnet wurden um die 75.000 € eingesetzt, einschließlich Verwaltungskosten. Er schätzt, dass auf allerlei Konten von NGOs um die 3 Millionen € herumliegen, die nicht zum Einsatz kommen. Alleine die sanitäre Lage hat sich in dem neuen Camp nicht verbessert.

Unser Partner Canto Vivo aus Peru berichtet ebenfalls besonders eindrücklich von der verheerenden Lage im Land und hebt hervor, dass die „Gärten der Solidarität“ ein wichtiges Mittel sind, um die schlimme Versorgungslage etwas zu entspannen, nachdem staatliche Hilfen

nicht ankommen oder erst gar nicht vorgesehen sind. Gerade in Zeiten akuter, offener Krisen ist die Selbstorganisation der Menschen entscheidend, denn sie wissen direkt, wo was gebraucht wird und mit wem zusammen gearbeitet werden kann.

So kann mit relativ geringen finanziellen Mitteln geholfen werden. Wichtig dabei, dass die Spenden zu 100 % ihrem definierten Zweck zukommen, auch – und gerade - in Zeiten der Corona-Pandemie. Dieses Versprechen haben wir in unserem neuen Programm festgeschrieben. Es verdient breit bekannt gemacht zu werden.

Wenn auch unsere Öffentlichkeitsarbeit momentan durch die Corona-Pandemie bestimmten Maßgaben und Einschränkungen folgen muss, werben wir – oft einfallreich – für unsere Projekte und sammeln Spenden. Spenden sind ein ganz aktiver und hilfreicher Schritt, um die internationale Solidarität zu fördern. Sie sind gerade in der Corona-Pandemie dringend notwendig und sehr hilfreich, in allen unseren Projekten gleichermaßen.

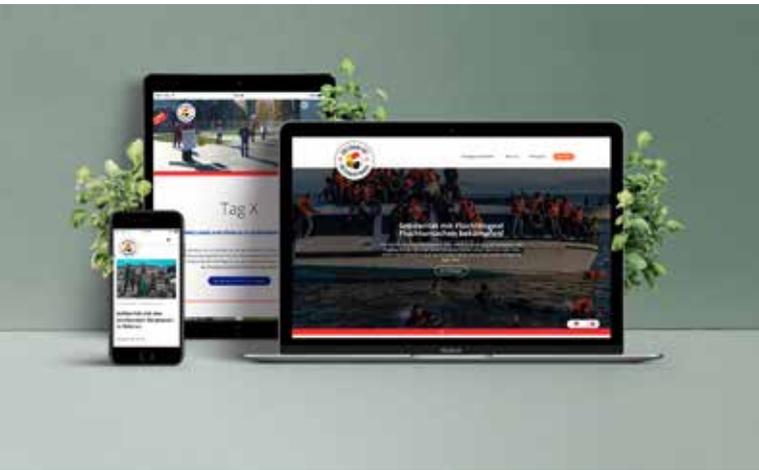
Deshalb vielen Dank an alle Spenderinnen und Spender, die dieses Jahr zu einem wahren Spendenfeuerwerk gemacht haben, verbunden mit der Bitte um viele weitere Spenden an der ganzen Bandbreite unserer Projekte, einschließlich der Umgestaltung unserer eigenen Homepage.

Wir wünschen allen unseren Mitgliedern und Unterstützer*innen erholsame und gesunde Festtage und ein solidarisches, hoffnungsvolles Jahr 2021, in Vorfreude auf das 25-jährige Bestehen von SI.

Eure Newsletter-Redaktion

Eine ansprechende Internet-Startseite

ist heute wie eine Einladung näher zu treten!



Wer auf die Startseite von SI gerät, dem kann es schon passieren, dass er „vor lauter Bäumen den Wald nicht sieht.“

Unsere Startseitenkonzeption ist jetzt 20 Jahre alt und die User-Gewohnheiten, also Lese- und Orientierungsvorgänge der Nutzer, haben sich seither stark verändert. Trotz teils Dauereinsatzes unseres Administrators, alles unterzubringen, ist es nicht möglich, diese Veränderungen zu ignorieren. Hinzu kommt, dass sich die Aktivitäten der Orte und von SI gesamt, erheblich gesteigert haben. An den Orten geschehen viele wunderbare Dinge, Aktivitäten der Solidarität, interessante Begegnungen, neue, ungewohnte Bündnisse, Pressemitteilungen usw., die alle es Wert sind in Wort und Bild für andere Orte und Außenstehende dokumentiert zu werden.

Kurzum: Die Bundesvertretung hat beschlossen, die Homepage nach modernen Gesichtspunkten, professionell neu gestalten zu lassen. Heute ist eine gut gestaltete Homepage eine Einladung, näher zu treten, sich umzuschauen und SI kennen zu lernen.

Die Bundesvertretung ist deshalb der Meinung, dass sie ein Beitrag ist, neue, junge Mitglieder zu gewinnen. Die neue Homepage wird im Januar 2021 „scharf zu geschalten.“ Das ist gerade rechtzeitig zum 25-jährigen Bestehen von SI, das im Februar sein wird.

Unsere transparente und selbstlose Finanzarbeit ist ein Alleinstellungsmerkmal von SI. Bei uns versickert kein Cent projektbezogener Spenden in unserem – notwendigen – Apparat. Das haben wir unter Punkt 7 unseres neuen Programms festgelegt. Deshalb hat die Bundesvertretung zur Finanzierung der Neugestaltung der Homepage ein zweckgebundenes Spendenziel von 10.000 Euro beschlossen. Bislang nähern wir uns diesem Spendenziel im Schneckentempo: Etwa 20% sind erst eingegangen.

Die Bundesvertretung hat diskutiert, dass das mit daran liegt, dass wir zu wenig dafür geworben haben.

Auf der Sitzung der Bundesvertretung Anfang November 2020, wurde der Rohentwurf der neuen Homepage vorgestellt. Ein Screenshot gibt einen ersten Eindruck (siehe Foto): Die Startseite ist wesentlich übersichtlicher. Wenige Elemente erlauben es dem Besucher, selber zu navigieren. Menüs und Untermenüs ordnen die verschiedenen Bereiche. Sie laden den Besucher ein, sich umzuschauen und immer tiefer in die Bereiche, Projekte oder etwa das Archiv von SI einzutauchen. Zugegeben, die Staffelung durch Menüs und Untermenüs, birgt die Gefahr, sich zu „verirren“. Der Vorteil ist aber, dass die Startseite aktuell, überschaubar und auf unsere Schwerpunkte priorisiert, gehalten werden kann. Das wird ein Team übernehmen. Wer Interesse hat, an der Homepage mitzuarbeiten, meldet sich im Büro.

Für die Orte wird es wieder die Möglichkeit geben, sich über die Moderatoren in einem eigenen Bereich vorzustellen, Termine und Infos einzustellen und so an der Gesamtgestaltung unseres Internetauftritts mitzuwirken. Die Moderatoren sorgen dafür, dass das Erscheinungsbild einheitlich bleibt und dass das Programm nicht „verstrubbelt“ wird. Auch hier: Wer mitarbeiten will, kann sich im Büro melden.

bleibt nur noch die Aufforderung:
Spendet kräftig für unsere neue Homepage! Möge sie eine anziehende Visitenkarte für SI werden!

**Euer Armin Kolb,
Sprecher der Bundesvertretung**

VORSCHLAG FÜR TERMINE DER BUNDESVERTRETUNG FÜR DAS JAHR 2021

BV-Sitzungen:
23./24.01.21 in Duisburg

GEST-Sitzungen:
03.01.21 ABZ Stuttgart

Regionaltreffen:
18.04.2021 ABZ Stuttgart

weitere Termine:
15.03.2021 Redaktionsschluss Newsletter 02/2021

Bericht über die Spendeneingänge bis zum 22.11.2020

Spenden Rojava: Rojava - Medizin (seit 1/2015):

EINGANG:	224.644,13 €
übergeben:	221.675,58 €
noch zur Übergabe:	2968,55€
Eingang 2020:	25.226,38 €

Kobané Ökologischer Wiederaufbau (seit 9/2015)

EINGANG:	146.745,67 €
übergeben:	143.224,71 €
noch zur Übergabe:	3.520,96 €
Eingang 2020:	300,00 €

Insgesamt Rojava:

EINGANG:	637.955,21 €
übergeben:	631.465,70 €
noch zur Übergabe:	6.489,51 €
(inkl. der geschlossenen Stichwörter Film Kobane, Wiederaufbau, Brigaden, Rojava, Kobane Hand in Hand, Kobane Soli Ruhr, Efrin, Gesundheitszentrum)	

weitere Spendenziele:

Anreise ICOR

EINGANG:	196.148,40 €
übergeben:	84.825,40 €
noch zur Übergabe:	111.323,00 €
Eingang 2020:	5.946,00 €

Hilfsfond dem. Rechte Arbeiterkämpfe

EINGANG:	8.848,63 €
übergeben:	3.500,00 €
noch zur Übergabe:	5.348,63 €
Eingang 2020:	0,00 €

Dem. Rechte Flüchtl. Alassa (seit 05/2018)

EINGANG:	17.637,05 €
übergeben:	15.760,86 €
noch zur Übergabe:	1.876,17 €
Eingang 2020:	1.339,74 €

Das Haus der Solidarität (seit 8/2015):

EINGANG:	114.300,90 €
übergeben:	110.377,42 €
noch zur Übergabe:	3.923,48 €
Eingang 2020:	3.996,50 €

Ngenyi / Kongo

EINGANG:	81.014,79 €
übergeben:	80.907,94€
noch zur Übergabe:	106,85 €
Eingang 2020:	967,55 €

Gewerkschafterinnen Textil

Bangladesch (seit 11/2017)

EINGANG:	7.688,67 €
übergeben:	4.920,00€
noch zur Übergabe:	2.768,67 €
Eingang 2020:	1.401,60 €

Registrierung CPL

EINGANG:	4.512,80 €
übergeben:	4.425,00€
noch zur Übergabe:	87,80 €
Eingang 2020:	518,00 €

Hilfsfond dem. Rechte Asyl

EINGANG:	7.243,76 €
übergeben:	6.875,41 €
noch zur Übergabe:	368,35€
Eingang: 2020:	100,00 €

Dem. Rechte Flüchtl. Prozesse + EUGH (seit 06/2020)

Eingang:	3.952,21 €
übergeben:	0,00 €
noch zu Übergabe:	3.952,21 €

Canto Vivo/Planta Monte

Eingang:	6.693,06 €
übergeben:	6.422,80 €
noch zur Übergabe:	270,26 €
Eingang 2020:	1.863,62 €

Huertos Solidarios (seit 07/2020)

Eingang:	1.558,92 €
übergeben:	1.146,33 €
noch zur Übergabe:	412,59 €

Elfenbeinküste/Maniokprojekt (seit 06/2019)

Eingang:	3.932,00 €
übergeben:	3.306,00 €
noch zur Übergabe:	625,50 €
Eingang 2020:	2.770,00 €

Moria/Lesbos (seit 01.04.20)

Eingang:	87.909,62 €
übergeben:	86.300,00 €
noch zu Übergabe:	1.609,62 €

DPMG Beirut (seit 08/2020)

Eingang:	1.500,00 €
übergeben:	1.500,00 €
noch zu Übergeben:	0,00 €

Kumpel Belarus (seit 09/2020)

Eingang:	701,85 €
übergeben:	701,85€
noch zu Übergeben:	0,00 €

Selbsthilfe Beirut Secours (seit 08/2020)

Eingang:	2.595,00 €
übergeben:	2.595,00 €
Noch zu Übergeben:	0,00 €

Indonesien (seit 02/2011)

Eingang:	20.222,61 €
übergeben:	19.967,11 €
noch zu Übergeben:	255,50 €
Eingang 2020:	2.217,00 €

Indonesien Suppenküche (seit 07/2020)

Eingang:	1070,00 €
übergeben:	500,00 €
noch zu Übergeben:	570,00 €

Homepage (seit 07/2020)

Eingang:	1.743,53 €
übergeben:	0,00 €
noch zu Übergeben:	1.743,53 €

Die Spenden werden immer direkt an unsere Partner zu 100 % weitergeleitet.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern für Euer Vertrauen und Euren Einsatz.

Auf Grund der zurückliegenden Erfahrung bitte unbedingt beachten: Für die Ausstellung der Spendenbescheinigungen benötigen wir Eure vollständige Adresse (falls uns noch nicht bekannt). Die Bescheinigungen werden immer im Januar / Februar des Folgejahres an alle verschickt.

Eure SI-Kasse

Bildungszentrum Ngenyi



Angesichts der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Gesundheitskrise wird es für die Zukunft der Menschen immer wichtiger, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Schon deshalb ist für uns der Aufbau des unabhängigen, selbstorganisierten Bildungszentrums Ngenyi mitten in der DR Kongo von großer Bedeutung. Bisher wird das Gelände mit dem Verwaltungsgebäude samt Solaranlage und der offenen Halle vor allem für Frauentreffen, für Beratung von Bauern zum Feldanbau und Gesundheitsinforeveranstaltungen genutzt, sowie für Fußballtraining und -turniere und Hausaufgabenbetreuung für die Jugend. Aber das Zentrum ist noch nicht fertig.

Seit die ganze Welt wegen Corona in eingeschränktem Modus läuft, konnten auch die Spendenaktionen in

Deutschland, die sonst mit Infoständen, Veranstaltungen, Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und mit verschiedenen guten Ideen stattfinden, nicht durchgeführt werden. Trotzdem gingen eine ganze Reihe Spenden ein, für die wir uns ganz herzlich bedanken! Wir können sie immer direkt und sicher weiter leiten.

Ngenyi ist trotz aller Widrigkeiten einen großen Schritt weiter. Die Mitglieder des dortigen Ngenyi-Vereins sammelten selbst Spenden und zusammen mit den Spenden aus Deutschland haben sie den Rohbau des Gästehauses bewerkstelligt. Rechtzeitig vor der Regenzeit war er fertig. Jetzt fehlt nur noch ein größerer Teil des Innenausbau. „Das Regenwasserableitungssystem schützt das gesamte Gebäude, insbesondere die

Wände und das Fundament“, schreibt Roger Kalala. „Sechs von zehn Räumen sind bereits mit flachen Natursteinen als Boden ausgelegt. (...) Wir würden gern die Arbeit fortsetzen, auch wenn es nur langsam geht.“

Mit diesem Gästehaus können weitere, größere Veranstaltungen und Seminare über mehrere Tage stattfinden. Wir freuen uns riesig über diese Entwicklung! Weiterhin gibt es natürlich jede Menge zu tun, um das Zentrum fertigzustellen und voll funktionsfähig zu machen. Dieses Projekt und die Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist auch ein kleiner Beitrag, Fluchtursachen zu bekämpfen.

Wir haben in den letzten Jahren viel für die partnerschaftliche Zusammenarbeit gelernt: Geduldig sein und die Widrigkeiten berücksichtigen, die Meinung der Kongolesen achten, die zeitweiligen Verständigungsprobleme überwinden, Rechenschaft über den Einsatz der Spendengelder zu erhalten. Wir lernten auch ihren Humor, ihre Tatkraft, ihren Lebensmut zu schätzen, und sich in diesem extrem krisengeschüttelten Land nicht unterkriegen zu lassen.

Natürlich bitten wir Euch/Sie auch dieses Jahr wieder: Spendet und gewinnt Spender für das Volksbildungszentrum Ngenyi! Werdet Dauerspender! Teilt uns eure Ideen mit!

Wir wünschen Euch/Ihnen für das Jahresende und das Neue Jahr Gesundheit und Tatkraft, um die internationale Solidarität zu einer starken Kraft zu machen!

Eure Renate Mast und Elsbeth Sureau
vom Vorstand Dezember 2020

Spendenkonto: VFI Kongo e.V.
IBAN: DE25 4205 0001 0130 0642 89,
BIC: WELADED1GEK
Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Angabe der Adresse stellen wir gern eine Spendenquittung für das Finanzamt aus.



Brief von Gebze Frauen geschlossenes Gefängnis – IZMIT

(gekürzt) vom 13.10.2020

Veröffentlichung von Gül Güzél, Journalistin, Stuttgart



45 verhaftete und verurteilte Frauen, deren Namen ich geheim hielt, schrieben aus dem Gebze-Gefängnis:

Anlässlich der Corona-Pandemie wurden Häftlinge und Verurteilte auf der ganzen Welt aus Gefängnissen und auch in der Türkei entlassen. Politische Gefangene und Verurteilte wurden jedoch von dieser Praxis ausgeschlossen, somit viele Femizide wurden kurz danach begangen.

Die politischen Gefangenen und Verurteilten in Gefängnissen werden jetzt doppelt mit unmenschlichen Sanktionen bestraft, wobei die Corona-Pandemie als Entschuldigung dient. Es wurden willkürliche Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass ihre Stimmen gehört werden.

Wir werden wegen unserer ethnischen Identität und unserer politischen Meinung in Gefängnissen festgehalten!

Der Entzug der Freiheit eines Menschen ist eine Bestrafung für sich. Als kurdische politische Gefangene leiden wir unter Jahrzehnten innerhalb von vier Mauern, hauptsächlich weil wir nicht wegen irgendeiner Handlung, sondern wegen unserer ethnischen Identität und unserer politischen Gedanken in Gefängnissen festgehalten werden. Die AKP-MHP-Regierung spiegelt sich in unserem Leben als Regierung wider, die die tiefste Entmenschlichungs- und Desozialisierungspolitik betreibt.

Die größte Ungerechtigkeit und das größte Übel, das einem Menschen angetan werden kann, besteht darin, ihn ohne Gesellschaft zu lassen.

Obwohl dies auf ihre souveräne Mentalität zurückzuführen ist, behaupten die Staaten, dass sie Menschen ins Gefängnis stecken, um sie wieder in die

Gesellschaft zu integrieren. Die derzeitige türkische Regierung entwickelt jedoch Praktiken auf der Grundlage der absoluten Isolation und Entmenschlichung von uns. Das Haus der Toten, das vor Jahren vom Autor Dostojewski geschrieben wurde, berichtet von dieser Tatsache. Menschen, deren soziale Bindungen und Aktivitäten im Gefängnis blockiert sind, sind im Wesentlichen Menschen, die in den Todesprozess verwickelt sind.

Unsere gesamte soziale Kommunikation wurde auf ein Minimum reduziert, an die Grenze des Nichts!

Seit dem Ausbruch der Pandemie wurden alle Arten sozialer Kommunikation wie Telefon, kostenlose Besuche, berührungslose Besuche, Nutzung des Gemeinschaftsraums und Besuche von Anwälten minimiert und an die Grenzen des Nichts gebracht. Besuche, die normalerweise viermal im Monat stattfinden sollten, werden gemäß der Entscheidung des Justizministeriums zweimal im Monat oder weniger durchgeführt. Trotz der Entscheidung des Verfassungsgerichts, dass berührungslose Familienbesuche wegen des Entzugs privater Beziehungen nicht abgehört werden sollten, werden unsere geschlossenen Besuche weiterhin abgehört.

Wir übermitteln alle unsere Bedürfnisse und Wünsche telefonisch!

Unser einziger Kommunikationskanal ist meistens ein Anruf. Weil die meisten von uns gegen unseren Willen Tausende von Kilometern entfernt in Gefängnisse gebracht wurden, ist es außergewöhnlich, dass unsere Familien die Möglichkeit haben, uns zu besuchen. In diesem Fall übermitteln wir alle unsere Bedürfnisse und Anforderungen telefonisch. Wenn wir jedoch aufgrund unserer gesetzlichen Rechte eine Anfrage an unsere Familie richten, wenn wir unsere

Beschwerden übermitteln, wenn wir sie bitten, sich in unserem Namen an internationale Institutionen zu wenden, werden unsere Telefonate abgebrochen.

Wir dürfen uns nicht mit unseren Freunden im Gemeinschaftsbereich treffen!

Die Verwaltung zählt zweimal täglich. Ende September trat die Verwaltung erneut in die Stationsuche ein. Wir dürfen uns jedoch nicht mit unseren Freunden im Gemeinschaftsbereich treffen. Wenn jedoch die Henker und Wachen ausgehen und kommen, treffen wir uns mit ihnen, obwohl sie die Hauptrisikogruppen sind. Aber wir können uns nicht mit unseren Freunden treffen, die wie wir isoliert sind.

Die Wachen schreien uns an: „Es ist verboten, rede nicht!“

Angeblich wurde unser Treffen mit unseren Freunden wegen des Corona-Ausbruchs unterbrochen. Alle Ansätze und Praktiken zeigen jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Wenn wir die Station aus irgendeinem Grund verlassen, wenn wir unsere Freunde aus der Ferne sehen und sie begrüßen, rufen uns die Wachen an: „Es ist unethisch, ohne Erlaubnis mit Ihren Freunden auf dem Flur zu sprechen, es ist ein Verbrechen.“ Diese Situation drückt die Realität einer Macht aus, die bis zu ihren Beamten militarisiert wurde.

Die Frauen wenden sich an alle demokratischen Menschen, gegen diese Entmenschlichung zu protestieren und die Zustände öffentlich zu machen. Es ist auch möglich, den Frauen im Gefängnis dort zu schreiben. Wer ihnen mit einem Brief, Karte, Gruß, usw. zeigen möchte, dass sie nicht vergessen sind, ihnen Mut machen will, sende einen Beitrag bitte an die Ortsgruppe Stuttgart von SI, wir werden die Sachen sehr gerne weiterleiten.



Initiative »Medizin für Rojava«

Arbeitsgruppe von »Solidarität International e.V.«

www.medizin-für-rojava.org



Neue Wohnungen entstehen

Liebe Freunde und Unterstützer von »Medizin für Rojava«

wir möchten diesen Rundbrief mit positiven Nachrichten beginnen. Unser »Solidaritätsprojekt«, die ICOR-Geburtsklinik, ist weiterhin ein wunderbares Symbol der Menschlichkeit und internationalen Solidarität in einer von Krieg zerrütteten Region. Jeden Tag werden dort 10 bis 15 Babys geboren, jedes Jahr etwa 5000 Babys, davon jedes vierte mit Kaiserschnitt. Die Behandlung erfolgt kostenlos, auch dank unserer Spenden.



Straßen werden gebaut

Wir bekamen ganz aktuell Fotos über den bewundernswerten Wiederaufbau Kobanes. Das Leben ist zurückgekehrt. Die Stadt wird wieder begrünt.

Die Flüchtlings-Camps sind aufgelöst, alle bekommen eine feste Unterkunft. Die »Brigadisten«, die damals beim Bau dabei waren, werden sich erinnern: Kobane war nach dem Sieg über



Mit 59 Jahren ist unser Freund Zülfü Altunok gestorben. Über 30 Jahre lang beteiligte er sich an und initiierte selbst Hilfsprojekte im Rahmen des »UNO-Hilfswerks humanitäre Hilfe in Krisen und Kriegsgebieten«.

Er engagierte sich auch in der Friedensbewegung und bei den Montagsdemonstrationen in Witten. Trotz seiner Erkrankung beteiligte er sich an einem Einsatz der ICOR-Brigaden für den Neubau des Gesundheitszentrums in Kobane. Unermüdlich sammelte er in der letzten Zeit Spenden für »Medizin für Rojava« und organisierte dazu auch Solidaritätskonzerte.

Bei einem früheren humanitären Einsatz im Kriegsgebiet Bosnien hatte er sich eine Hepatitis C zugezogen. Nach langem Kampf starb er jetzt an den Spätfolgen.

Was uns bleibt, ist die Erinnerung an einen Menschen, der vorbildlich und selbstlos seine persönlichen Interessen humanitären Zielen und Visionen untergeordnet hat.



Patientenzimmer

die IS-Terroristen eine Trümmerlandschaft, 80 Prozent des Stadtgebiets zerstört. »Das war eine wunderbare Idee, in dieser verzweiferten Situation etwas Praktisches zu machen, aufzubauen um den Menschen wieder Hoffnung zu geben«, sagt der Chirurg Bashrawi Ali, der während der IS-Angriffe auf Kobane noch im Keller die Verletzten operierte.

Die Corona-Pandemie hat inzwischen auch Rojava erreicht. In Kobane wurden bisher 67 Menschen

positiv getestet. Ein Corona-Komitee wurde eingerichtet mit Ärzten/innen und Laborantinnen. Hilfreich ist, dass jetzt auch Schnelltests zur Verfügung stehen.

Unter schwierigen Bedingungen leistet unsere Partnerorganisation »Heyva sor a Kurd« vorbildliche Arbeit – auch im Vergleich mit der Assad-Administration. In Damaskus ist die Situation schlimm. Im Hauptkrankenhaus sind bislang bereits 30 Ärzte an Corona verstorben.

Wir waren sehr bewegt von den hohen Spendeneingängen – über 22.000 Euro in diesem Jahr. Das zeigt, dass bei vielen Menschen das Bewusstsein wächst: Mehr denn je kommt es heute darauf an, Verantwortung zu übernehmen, auch für Betroffene in anderen Ländern.

Die Unterstützung von Kobane und Rojava hat eine besondere Bedeutung. Rojava steht auch für die Zukunftsvision einer befreiten Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung von Mensch und Natur, wo Frauen und

Männer und Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion gleichberechtigt zusammenleben können.

Ein Teil der Spendengelder konnte bereits sicher übergeben werden. Der Rest wird wie bisher auf dem schnellst möglichen Weg den Verantwortlichen der Selbstverwaltung und unserer Partnerorganisation »Heyva Sor a Kurd« übergeben.

Die Situation im gesamten Rojava/ Nordwest-Syrien ist sehr schwierig. Nach der erneuten türkischen

Invasion sind weitere hundert- bis zweihunderttausend Menschen auf der Flucht. Trotz großer Anstrengungen der Selbstverwaltung ist das Gesundheitssystem vielerorts überfordert. Die internationalen Hilfsorganisationen haben sich weitgehend zurückgezogen. Hinzu kommen militärische Angriffe und Brandschatzungen der Getreidefelder durch türkisches Militär und Terroristen. Immer wieder wird auch die Wasserversorgung durch das Erdogan-Regime eingeschränkt.

»Medizin für Rojava« protestiert:

US-Zahlungsdienstleister Stripe unterbindet Betterplace-Spendensammlung für das ICOR-Gesundheitszentrum in Kobane.

Über das Spendenportal Betterplace.org getätigte Einzahlungen für das »Gesundheitszentrum in Kobane« mittels Einzugsermächtigung, Kreditkarte oder Paypal sind ab sofort nicht mehr möglich. In einer Mitteilung hat Betterplace »Medizin für Rojava« informiert, dass der US-Zahlungsdienstleister Stripe, der die Zahlungsgeschäfte von Betterplace abwickelt, diese Zahlungsmethode gestoppt hat.

Gegenüber Betterplace begründete Stripe diese Maßnahme, dass man damit »Terrorfinanzierung oder Geldwäsche« unterbinden wolle. Es ist kaum zu glauben. Das von über 170 ICOR-Freiwilligen gebaute Gesundheitszentrum in Kobane ist eine der größten und eine bestens funktionierende Geburtsklinik in Nordsyrien/Rojava. Seit der Fertigstellung im Jahr 2015 haben dort 15.000 Frauen ihre Kinder zur Welt gebracht und mit Hilfe der Spender kostenlose medizinische Versorgung erhalten. Ausgerechnet diese Klinik und entsprechende Hilfsprojekte in dem überwiegend von Kurden bewohnten Rojava/Nordsyrien werden des Terrorismus oder der Geldwäsche bezichtigt? War es nicht diese Region, die dem faschistischen IS die Stirn geboten und ihn unter unsäglichen Opfern 2015 besiegt hat?

In einem Telefonat von Christoph Klug von »Medizin für Rojava« erklärte Jonas Eibel von Betterplace, dass hier kein

gültiges Recht zur Anwendung käme, sondern dass das auf Betreiben des US-Finanzdienstleisters Stripe erfolgt sei. »Uns sind die Hände gebunden«, so Eibel, und man überlege, wie hier vorgegangen werden könne. In der Tat ist die extraterritoriale Anwendung der US-Blockadegesetze in EU-Ländern nach europäischen Bestimmungen unzulässig (EU-Verordnung 2271/96, Art. 5).

Auf der Liste von Stripe stehen als weitere betroffene Länder Syrien, Nordkorea, Iran, Kuba und die Krim. Nach Ansicht von »Medizin für Rojava« ist das eine politisch motivierte Erpressung, die sehr viele andere Spendenaktionen betrifft. »Das ist eine von Trumps US-Administration betriebene Maßnahme, mit der bewusst Not und Elend in diesen Ländern herbeigeführt oder verschärft werden soll«, so Christoph Klug. »Diktaturen wie Saudi-Arabien oder die Türkei, welche den IS finanzierten und unterstützten, finden sich auf der Liste nicht«.

»Medizin für Rojava« protestiert gegen diese Maßnahme und fordert die sofortige Beendigung der erpresserischen Sanktionen – auch für alle übrigen betroffenen Spendenaktionen auf Betterplace. Selbstverständlich kann das Gesundheitszentrum in Kobane auch weiterhin finanziert werden. Es ist bei Betterplace noch als Überweisung oder über Paydirekt möglich.



Eingangsbereich der ICOR-Geburtsklinik

Siehe: www.betterplace.org/p35750, dort der Anweisung »Jetzt spenden« folgen. Oder Sie spenden direkt auf das Konto von »Solidarität International e.V.«, siehe unten.

»Medizin für Rojava«, 19. Oktober 2020,
i.A. Christoph Klug

So können Sie spenden:

Spendenkonto:

»Solidarität International e.V.«
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005
84 (Frankfurter Volksbank)
Stichwort: »Medizin für Rojava«

Oder spenden Sie online auf:
<https://www.betterplace.org/p35750>

Jeder Cent kommt ohne Abstriche dem Spendenzweck zugute. Bei Adressangabe erhalten Spender eine Spendenbescheinigung für das Finanzamt zugeschickt.

V.i.S.d.P und Kontakt:
Dr. Willi Mast
Schulz-Briesen-Str. 3,
45884 Gelsenkirchen
Tel.: 0209-139848,
E-Mail: willi-mast@arcor.de

Aus dem täglichen Leben im Lager Kara Tepes / Moria



1.

Schlechtes Wetter heute, aber viele Leute sammeln leere Flaschen und geben sie ab, um Tickets zum späteren Austausch für Shampoo und Zahnpasta. Zwei Tage davor gab es Bananen. Der große Renner war Kartoffeln.

2.

Heute ist Freitag, also sind unsere Teams aus dem Camp gegangen, um die Hauptstraße zu reinigen. Dies ist wie jeden Freitag ein Kooperationsprojekt mit der Gemeinde nach Mytilene.

Auch wir wollen Flüchtlingen zeigen, die sich um die ganze Insel kümmern und sind bereit, bei der Reinigung zu helfen. Also haben wir diesen Job heute auch bei Regen gemacht!

Unsere Maskenfabrik läuft auf vollen Touren. Die Feuerwehr von Lesbos hat uns einen Auftrag gegeben. Wir sollen Masken für sie erstellen und das Logo darauf nähen.

3.

Sayereh Ebrahimi ist einer von vielen wunderbaren Lehrern, die im Netzwerk der selbstorganisierten Schulen von Moria Academia arbeiten und helfen.

Sie schreibt, dass sie ein riesiges Problem haben. Der Platzmangel. Selbst jetzt zwei Monate nach Eröffnung des neuen Camps können wir nur wenige Zelte für Bildungszwecke nutzen.

4.

Die Selbstorganisation ist an die Öffentlichkeit gegangen:

„Wir haben gerade erfahren, dass einige NGOs noch kurzfristige Freiwillige hierherschicken und planen, dies weiterhin zu tun.“

Bitte lassen Sie es sein. Lesbos befindet sich in einer sehr schlechten Situation und wir hoffen, dass es jetzt jeder versteht:

... BITTE liebe Freunde alle, die als Freiwillige auf der Insel helfen wollen. Bleibt in euren Ländern, es ist nicht der richtige Moment, um nach Lesbos zu kommen.

Erst gestern hatten wir 70 neue Covid-Fälle auf Lesbos.

Es gibt nur ein Krankenhaus für die gesamte Insel.

Es reicht nicht aus, einen Test zu machen, um sicher zu sein.



Wir können unsere Arbeit mit Hilfe von Campbewohnern machen, dass sie auf jeden Fall hier leben und ihren eigenen Leuten so gerne helfen.

Und am Ende wissen sie besser als wir alle, wie es geht und was gebraucht wird. Eine große Menge an Lesbos-Population sind alte Menschen.

Sie könnten auch aus anderen Gründen ein Bett im Krankenhaus benötigen, aber vielleicht auch aus Covid.“

Ich wurde gebeten dies zu verbreiten. Im Gespräch sagen sie wir sehr dankbar sind für jede Hilfe. Aber sie zerstören mit ihrer Art die sich ständig wachsende Selbstorganisation. Wir können selber Decken verteilen, wir wissen was zu tun ist gegen Corona.

Wir haben selber Elektriker. Sie haben die Installation von Stromleitungen begonnen. Unsere Anlagen, die wir selber gebaut haben sind besser und stabiler wie die in der Stadt und in den Wohnungen unserer griechischen Freunde auf der Insel.

Das ist das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit zwischen Elektrikern im Lager und Flüchtlings-Freiwilligenelektrikern. Wir freuen uns, dass wir mit qualifizierter Arbeit beitragen konnten und zeigen: Wir schaffen das!

Die Selbstorganisationen sind keine Befehlsempfänger. Sie nehmen alle an wichtigen Besprechungen teil und ihre Vorschläge kommen von den Menschen, die im Lager leben. Das wird mit der Methode der NGO zerstört.

5.

Decken, Kinderkleidung, Schuhe, Schwimmwesten, Plastik- und Holzboote. Was von einer Flucht übers Mittelmeer übrig bleibt, wird gesammelt und recycelt. Bisher sind 25 Tonnen Kleidung und drei Tonnen Rettungswesten gesammelt.



6.

Griechenland geht mit Verhaftungen und Folter gegen sozialistische Aktivist*innen vor.

Am 17. November 2020 wurden die politischen Geflüchteten Ali Can Albayrak und Hüseyin Şahin auf der griechischen Insel Lesbos festgenommen und verhaftet. Ihnen wird vorgeworfen, zwei politischen Geflüchteten aus der Türkei, die auf die Insel kamen, um in Griechenland Asyl zu beantragen, geholfen zu haben.



7.

Frontex und die griechische Marinopolizei sind ständig seit ein paar Tagen in allen griechischen Fernsehsendern zu sehen. Vor allem Frontex will hier ihr Image als helfende Truppe aufpolieren.

Die Leiche eines 20-jährigen Somaliers, der an diesem Mittwochmorgen in einem Bootswrack mit Flüchtlingen und Migranten im Seegebiet von Palios Mantamadou im Nordosten Lesbos ertrunken war, wurde mittags auf See gefunden. Die Boote der Küstenwache und von Frontex suchen weiterhin nach der zweiten vermissten 20-jährigen Frau. Sie ist inzwischen tot aufgefunden worden. Der Frontex Offizier sagte immer wieder, dass es ihrer Arbeit zu verdanken ist, dass insgesamt 32 Menschen aus dem Wrack gerettet wurden, 15 Männer, 14 Frauen und drei Kinder, alle somalischer Herkunft.



8.

Die griechische Regierung und die EU haben ein Memorandum für den Bau eines neuen Camps in Lesbos unterzeichnet. Er wird neben der Müllhalde gebaut. Auf der Müllhalde wie es ursprünglich geplant war es der EU doch zu heiß.

Laut EU-Kommissar für innere Angelegenheiten, Mr. Ylva Johansson, der auch für den Bau des Camps in Lesbos verantwortlich ist soll:

Das neue Lager wird ein Produkt einer guten Zusammenarbeit zwischen der griechischen Regierung, der Europäischen Kommission und den europäischen Institutionen (EASO, FRONTEX, EUROPOL, FRA) sein und alle europäischen Standards erfüllen. Sie wird über moderne und langlebige Infrastruktur verfügen, eine vollständige Gesundheitsversorgung bieten und die Bedürfnisse von Frauen, Kindern und Familien berücksichtigen.

Der Aufenthalt im Camp wird kurz sein (einige Monate), bis entweder eine Asylentscheidung oder eine Rückentscheidung getroffen wird.

Die Ressourcen und das Know-how werden von der Europäischen Kommission zur Verfügung gestellt, die in enger Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden für die gemeinsame Überwachung und Überwachung der Projektleitung stehen wird.

Der Minister für Migration und Asyl Mr. Notis Mitarachi gab u.a. an:

„Nach Zustimmung des griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis und der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, arbeiten wir mit der Europäischen Kommission und der örtlichen Gemeinde Lesbos zusammen, um eine Muster-Gastfreundschaftsstruktur auf der Insel zu schaffen. Mit unserem gemeinsamen Motto „no moria,“ schaffen wir die neue geschlossene / kontrollierte Struktur von Lesbos, die es uns ermöglichen wird, die temporäre Struktur in Montenegro dauerhaft zu schließen, sowie ein Leitfadens für die neuen Strukturen auf den anderen Inseln. Der Widerstand gegen ein neues Moria 2 wächst. Die Bürgermeister der umliegenden Dörfer haben sich zusammengeschlossen und sagen den Plänen ein OXI. Auch Stratis Pallis, Präsident von „Coexistence“, von Mitylene charakterisierte die Aussagen des Einwanderungsministers Noti Mitarakis Kara Tepe, und dass sie nicht der Realität entsprechen, der Präsident der Bürgerbewegung „Koexistenz und Kommunikation in der Ägäis“, Stratis Pallis. erklärte, dass es im Lager kein fließendes Wasser gibt, dass die Zelte wie Luftballons anschwellen und dass die Spannung abfällt und der Strom abgeschaltet wird. Er ist auch nicht einverstanden mit der Schaffung eines neuen geschlossenen Internierungslagers für Tausende von Menschen

Regionaltreffen Süd

Am 22.11.2020 fand in Stuttgart das Regionaltreffen Süd mit 14 Teilnehmern aus sechs Ortsgruppen und Vertretern des Freundeskreises Flüchtlinge sowie des VFI Kongo statt. Dieser Austausch in kleinem Kreis unter den Ortsgruppen und mit Mitgliedern der Bundesvertretung und des Beirats hat sich zu einem wichtigen Bindeglied zwischen den BDVs etabliert und findet regelmäßig zwei Mal im Jahr statt. Nächster Termin ist Sonntag, 18.04.2021 im ABZ Süd in Stuttgart Untertürkheim.

Auf dem Regionaltreffen wurde die folgende Resolution verabschiedet:

Regierungspräsidium Karlsruhe ignoriert die dringende Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen

Dass die Gesundheitsfürsorge für die Flüchtlinge in den Unterkünften nicht an vorderster Stelle der Behörden steht, ist bekannt. Jeder kann sich davon selbst einen Eindruck verschaffen, wenn er sich die Wohnrichtungen für Flüchtlinge anschaut und die Flüchtlinge nach ihrer Versorgung mit gesunden Lebensmitteln befragt.

In der LEA Ellwangen wurde im Frühjahr 2020 auf Druck der Öffentlichkeit – aber nach langem Zögern – dafür gesorgt, die Belegungsdichte zu reduzieren. Auch wurden vor einiger Zeit vorbeugend extra Häuser auf dem Gelände der LEA eingerichtet, um mögliche Corona-Infizierte zu separieren und zu versorgen.

Jetzt wurde der Fall eines Flüchtlings bekannt, der seit April dieses Jahres in der Ambulanz des Krankenhauses in Ellwangen wegen Diabetes insulinpflichtig behandelt wird. Es ist einschlägig bekannt, dass sich Diabetiker neben einer medikamentösen Behandlung, zusätzlich in besonderer Weise ernähren müssen. Das kann offensichtlich in der LEA Ellwangen nicht gewährleistet werden, denn bereits im September erlitt er eine „hyperglykämische Entgleisung“ (Überzuckerung) und musste als Notfall ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Flüchtling braucht neben der auf ihn abgestimmten Ernährung Medikamente (Spritzen), die bis zur Verwendung gekühlt wer-

den müssen. Das ist Beides in der LEA Ellwangen nicht möglich. Durch seine Erkrankung zählt er zudem zur Risikogruppe in der Corona-Pandemie, die einer besonderen Hygiene bedarf.

Der Flüchtling hat auf seinen ausführlich begründeten Antrag mit ärztlicher Bescheinigung auf Entlassung aus der LEA Ellwangen am 30.10.2020 an das zuständige Regierungspräsidium Karlsruhe bis heute (21.11.2020) keinerlei Antwort erhalten. Lediglich die Verwaltung in der LEA hat auf seine Nachfrage bestätigt, dass sein Antrag weitergeleitet wurde. Der Sozialverband Caritas hat in einem Schreiben an die Behörden darauf hingewiesen, dass das ein Verstoß gegen §2 des Asylgesetzes darstellt und hat ebenfalls die Verlegung des Flüchtlings gefordert. Die Vernachlässigung von Schutzbefehlen bedeutet in diesem Fall, dass die wenig geeignete Nahrung die Gesundheit des Flüchtlings weiterhin schädigt. Durch die gezwungenermaßen nicht gekühlte Verwahrung der Medikamente (Insulinspritzen) muss befürchtet werden, dass ihre Wirksamkeit nicht gewährleistet ist.

Das Regionaltreffen Süd von „Solidarität International e.V. (SI)“ fordert die sofortige voll umfängliche krankheitsspezifische Versorgung des Flüchtlings und seine Unterbringung in einer, seinem Gesundheitszustand entsprechend geeigneten, Unterkunft.

Das Regionaltreffen Süd von „Solidarität International e.V. (SI)“ verurteilt die Missachtung von Menschenwürde und die Verzögerungstaktik des Regierungspräsidiums. Das ist bestimmt kein Einzelfall, denn die Versorgung der Flüchtlinge ist in weiten Teilen nach wie vor ein von der EU und unserer Administration einziges beabsichtigtes Provisorium und wahrlich kein Ruhmesblatt der Menschlichkeit.

Deswegen fordern wir:

Sofortige Auflösung aller Landestaufnahmestellen, -zentren und Sammelunterkünfte und menschenwürdige Unterbringung!

Die Teilnehmer des Regionaltreffens Süd von „Solidarität International e.V. (SI)“ wünschen dem Betroffenen alles Gute, Gesundheit und gute Besserung.

Stuttgart, 22. November 2020



„Wir bitten weiter um Spenden für Moria“

Vareler Ortsgruppe von Solidarität International informiert im Gemeindehaus Oberstrohe

Varel. „Kein halbes Jahr ist es her, dass die Ortsgruppe Varel von Solidarität International e.V. (SI) kistenweise Hilfsgüter sowie Geldspenden gesammelt hat, um in der Corona-Pandemie die Soforthilfe für die Flüchtlinge im Flüchtlingscamp Moria zu unterstützen“, erklärt André Jäger von der Vareler Ortsgruppe.

Diese Spendenkampagne war ein Teil des Solidaritätspaktes, den die Solidaritäts- und Hilfsorganisation mit der Selbstverwaltung der Flüchtlinge und Bewohner der Insel Lesbos geschlossen hat. Diese Solidarität war von Anfang an mit der Forderung nach einer vollständigen Evakuierung der griechischen Flüchtlingslager verbunden, unter anderem mit einer Online-Petition, Protestaktionen in zahlreichen deutschen Städten und einer Öffentlichkeitsarbeit.

Das Lager Moria ist vergangene Woche durch eine Brandkatastrophe fast vollständig zerstört worden. „Das Problem jedoch ist geblieben und hat sich sogar verschärft. Während die Menschen ein weiteres Mal alles verloren haben und nun auf der Straße leben, arbeiten die griechische Regierung und ihre europäischen Partner bereits an einem neuen Lager auf der Insel – unter dem Protest der Flüchtlinge, wie der Anwohner“, sagt André Jäger.

Im krassen Gegensatz zu dieser europäischen Flüchtlingspolitik veröffentlichte Solidarität International und der Freundeskreis Flüchtlingssolidarität am Mittwoch, den Bildband „FREE MORIA“:

„Mit dem Buch wird die erfolgreiche Arbeit mit den Flüchtlingen und Einwohnern auf Lesbos dokumentiert. Es will die Menschen ermutigen, sich für die Auflösung aller Flüchtlingscamps, ob hier oder auf



Ein Buch über die erfolgreiche Arbeit mit Flüchtlingen und Einwohnern auf Lesbos wird bei der nächsten Versammlung der Ortsgruppe SI in Oberstrohe vorgestellt.

Foto: SI

Lesbos, einzusetzen. Das Buch dokumentiert die Entstehung unseres Solidaritätspaktes und die Entwicklung der engen Zusammenarbeit.“

Die Ortsgruppe Varel wird das Buch bei seiner nächsten Versammlung allen Mitgliedern und

weiteren Interessenten vorstellen. Sie findet statt am **Sams- tag, 26. September**, ab 16 Uhr, im Evangelischen Gemeinde- haus Oberstrohe. Darüber hinaus ist „FREE MORIA!“ auch bei Thalia in Varel erhältlich. Der Preis beträgt 14 Euro.

Außerdem wird bei der Ver- sammlung die nächste Runde in der Solidarität mit den Flücht- lingen von Moria beraten. In den vergangenen Tagen wur- den schon zahlreiche Ideen und Hilfsangebote zusammengetra- gen, die in den kommenden Wo- chen koordiniert und organisiert werden wollen. Alle Interessen- ten sind herzlich eingeladen.

Aufgrund der Corona-Bestim- mungen wird um eine vorhe- rige Anmeldung gebeten unter andre-jaeger@email.de oder ☎ 0176/83018817.

Gleichzeitig gehen die Spen- densammlung und die Proteste weiter. Das Spendenkonto von Solidarität International e.V. hat die folgende Bankverbindung:

Konto:
Solidarität International e.V.
DE86 5019 0000 6100 8005
84, Stichwort Moria. (ak)



Die
Bundesvertretung Si
wünscht Euch ein gesundes,
glückliches, solidarisches,
schwungvolles und
erfolgreiches Jahr

2021 !



Der Bildband „Free Moria!“ dokumentiert, mit Texten und Bildern, die Entstehung des Solidaritätspaktes und die Entwicklung der engen Zusammenarbeit von Solidarität International, dem Freundeskreis Flüchtlingssolidarität in SI und der Selbstorganisation der Flüchtlinge und griechischen Bewohnern auf Lesbos / Griechenland im Lager Moria (OXI).

Um den Verkauf des Buches anzutreiben sind wir, Karin und Miguel, in die drei großen Buchläden der Innenstadt (Buchhandlung Graff, Thalia und Pfankuch), mit einem Exemplar hingegangen und haben es dort vorgestellt. Nach einer netten Unterhaltung mit dem Zuständigen haben uns alle Buchhandlungen versichert, es im Programm aufzunehmen.

Wir danken dafür!

Ich habe das Buch gekauft und kann euch versichern, dass es sich lohnt, auf diese Art dieses tolle Projekt zu unterstützen.

Man kann es sich bei SI oder direkt beim Verlag „Mediengruppe Neuer Weg GmbH, Alte Bottroper Straße 42, 45356 Essen Tel. 0201 – 25915, Fax 0201 – 61 444 62, E-Mail: verlag@neuerweg.de bestellen.

Elfenbeinküste:

Neues vom Maniok-Projekt – selbstorganisiert, befreiend, zukunftsweisend!

Am 30. September 2020 haben sich die Freunde von der Union des Paysans Producteur (UPP) herzlich bei SI bedankt für die Spenden, die sie von Solidarität International für ihr Maniok-Projekt bisher erhalten haben.

Die UPP ist eine Initiative gegen Arbeitslosigkeit, Hungersnot und die Ausbeutung des Landes durch internationale Konzerne und die EU. Sie organisiert Jugendliche und Frauen in Kooperativen zum Anbau des Grundnahrungsmittels Maniok. Sie bekommen Arbeit und eine Perspektive für die Zukunft.

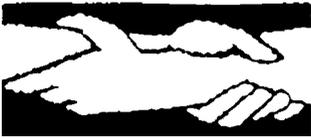
Die Freunde aus der Elfenbeinküste schreiben:

»Mit euren Spenden haben wir eigenes Ackerland erworben. Sie ermöglichen der UPP, sich von den Landbesitzern zu befreien, die die mutigen Bäuerinnen auf dem Land im Zentrum der Côte d'Ivoire grenzenlos ausbeuten. Wir werden dadurch autonom, um gegen jede Knechtschaft zu kämpfen und den Anbau von Maniok, Yamswurzeln und anderen Gemüsesorten zu entwickeln. Die Bevölkerung braucht das für ihre tägliche Versorgung angesichts der extremen Armut, die der Neokolonialismus bringt. Zweifellos benötigt die UPP noch weitere materielle und finanzielle Mittel für den Erwerb größerer landwirtschaftlicher Flächen.

Das Ziel dieser Bauernorganisation ist es, als Bollwerk gegen die zwielichtigen Verbündeten der reaktionären Bourgeoisie und des französischen Imperialismus zu dienen, die die ivoirische und afrikanische Jugend dazu drängen, große Risiken einzugehen, um das Mittelmeer und die Ozeane zu überqueren.«

Dieses Projekt verdient und benötigt noch mehr Solidarität und Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben aktuell zum Beispiel auf einer Geburtstagsfeier den Brief der Freunde aus der Elfenbeinküste bekannt gemacht und dafür weitere 125 € gesammelt. Die Ortsgruppe Bochum hat der SI-Bundesvertretung einen Power-Point-Vortrag zum Maniok-Projekt mit Originalbildern und Videos zur Verfügung gestellt, der für örtliche Veranstaltungen gut genutzt werden kann. Arbeiten wir gemeinsam daran, dass das Nahziel von 5000 € Spendengeldern schnell erreicht und übertroffen wird!

Herzliche Grüße,
O.



Wie Corona ÜberseearbeiterInnen trifft

Philippinische KrankenpflegerInnen in Deutschland stehen im Umgang mit Covid-19 einer vollkommen neuen Situation gegenüber. Aufgrund vieler Überstunden und der ständigen Ansteckungsgefahr nehmen die seelischen und körperlichen Belastungen der KrankenpflegerInnen enorm zu. Gleichzeitig wächst die Solidarität und Verbundenheit zwischen den ArbeitskollegInnen.

Zu FreundInnen und Familie in Deutschland als auch in den Philippinen ist der Kontakt aufgrund der medizinischen Verantwortung und der Distanz auf Videoanrufe und soziale Medien beschränkt.

Von philippinischen FreundInnen und Familienmitgliedern wird den philippinischen KrankenpflegerInnen große Wertschätzung zuteil, was ihnen zeigt, dass im Kampf gegen Corona niemand allein ist.



Philippinischer Pfarrer der DSM versorgt philippinische Seemänner mit allem Nötigen (Lebensmitteln, Handykarten, Hygieneartikel, etc.) an der Gangway eines Frachtschiffes in Rostock
Foto: June Mark Yañez, Quelle: Asienhaus.de

Viele Seeleute arbeiten seit 13 Monaten pausenlos, ohne Perspektive auf den für sie wichtigen Crew-Wechsel. Dies beruht auf einem weltweiten Erlass, dass Schiffsbesatzungen aufgrund des Ansteckungsrisikos ihre Schiffe nicht mehr verlassen dürfen.

Gleichzeitig warten viele angeheuerte Seeleute in den Philippinen auf ihre Einsätze. Ein Viertel der 1,6 Millionen Seeleute weltweit sind Filipinos. Viele philippinische Kreuzschiffahrtsangestellte sind derzeit in deutschen Seehäfen gestrandet.

Die Situation der am meisten prekär Beschäftigten, der philippinischen LKW-Fahrer in Europa, hat sich durch die Corona-Pandemie weiter verschlimmert. Viele von ihnen sind mit Monatslöhnen von maximal 600 Euro bei europäischen Leiharbeitsfirmen angestellt. Teils zahlen die Speditionen an die philippinischen Fahrer keine Löhne mehr aus. Die Fahrer haben keine finanziellen Ressourcen für eine Rückkehr in die Philippinen oder zur Unterstützung ihrer Familien.

Gleichzeitig verloren über 323.500 ÜberseearbeiterInnen zwischen Februar und Mai 2020 ihre Arbeit und kehrten in die Philippinen zurück.

Quelle:

Blickwechsel_Corona_und_OFWs_in_Deutschland_2020_01.pdf (asienhaus.de)

Viele Oversea Workers haben sich bei Migrant International organisiert.

Migrant International wurde im Dezember 1996 gegründet und setzt sich ein für die Förderung der Rechte und der Würde von Migranten gegen alle Formen von Diskriminierung, Ausbeutung und Missbrauch am Arbeitsplatz. Weitere Informationen findet ihr hier: <https://migranteinternational.org/about/>



Bonifacio Day am 30.11.2018: Migranten, „Helden der Moderne“, erheben sich gegen moderne Sklaverei, Faschismus und Imperialismus (Quelle: <https://migranteinternational.org/2018/11/30/on-bonifacio-day-migrants-modern-day-heroes-rise-against-modern-day-slavery-fascism-and-imperialism/>)

Infos und Kontakt: DPF e.V. Kölner Straße 355 – 40227 Düsseldorf • Tel. 0211/771610

www.dp-freunde.de • Email: vorstand@dp-freunde.de

Deutsche Bank 24 Langenfeld • IBAN: DE38 3007 0024 0408 1550 00, BIC (SWIFT): DEUTDE33

Videochat mit Jesus und Dayamis/Canto Vivo

Auf Wunsch von Jesus und Dayamis von Canto Vivo führten die Umweltgewerkschaft, Solidarität International und Canto Vivo am 19. + 28.11. und 05.12.2020 einen Videochat durch. Für die technischen Voraussetzungen sorgte die Umweltgewerkschaft, SI übernahm die Übersetzung.

Frei nach dem Interview mit Jesus und Dayamis am 19.11.2020

Wie ist die allgemeine Situation in Peru?

Die Einführung neoliberaler Maßnahmen begann 1990, als Fujimori die Wahlen gewann. Diese wurden im Laufe der Jahre ständig vertieft, so dass es immer mehr zu einer autoritären Regierungsform wurde. Die Bevölkerung kämpfte erfolgreich dagegen an, 2002 machte er eine Präsidentenreise nach Japan und kündigte von dort aus sein Präsidentenamt. Heute sitzt Fujimori wegen Verbrechen gegen die Menschenrechte und Korruption im Gefängnis. Er wurde durch den Vizepräsident Paniagua ersetzt, doch auch dieser, wie auch alle nachfolgenden Präsidenten, setzten die neoliberale Politik fort, was tödlich für das Volk ist. Die soziale Krise wurde immer tiefer und extremer. Im November 2020 wurde Manuel Merino Ministerpräsident mit Zustimmung der Mehrheit des Kongresses. Dennoch fand er niemanden für die Regierungsbildung, so dass er sich schlussendlich mit den Ultrakonservativen zusammenschloss, zu denen auch Keiko Fujimori zählt.

Waltraut, Schwäbisch Hall

Manuel Merino legt das Amt nach nur fünf Tagen nieder als Folge der Massenproteste in ganz Peru

Laut der offiziellen Zeitung „El Peruano“ haben alle Minister, von Premierminister Ántero Flores-Araoz präsidiert, ihre Kündigungen eingereicht und ihre Ämter niedergelegt.

Es hat mehrere Tage mit massiven, friedlichen Protesten gebraucht, damit Übergangspräsident Manuel Arturo Merino de Lama sein Amt niederlegt. Dieser Amtsniederlegung folgte prompt die Kündigung von Premierminister Ántero Flores-Araoz und allen Ministern des Kabinetts.

Der neue Interimspräsident ist seit Montag, dem 16.11.2020, Francisco Sagasti Hochhausler, aus der Partido Morado (Purpurne Partei). Vizepräsidenten sind Mirtha Vásquez von Frente Amplio (Breite Front - für Gerechtigkeit, Leben und Freiheit -), Luis Roel von Acción Popular (Volksaktion) und Matilde Fernández von Somos Perú (Wir Sind Peru).

Trotz des friedlichen Charakters der Proteste wurden die Demonstranten von der Polizei brutal und gewalttätig unterdrückt. Auf Personen mit Transparenten in der Hand wurde mit Gummigeschossen und Glasperlen geschossen, Tränengaskanistern wurden direkt und absichtlich in die Parolen schreiende Menge abgefeuert, Schlagstöcken wurden bei friedlich sitzende Demonstranten eingesetzt, bei den letzten Demos wurden die Demonstranten sogar teilweise mit scharfer Munition zurückgedrängt.

Des Weiteren wurden Leute eingeschüchert und willkürlich festgenommen, die beispielsweise Drucke für die Transparente der Demo anfertigten. Die Transparente und Plakate wurden von einem großen Polizeiteam beschlagnahmt, der Mann und die Frau, die die Drucke anfertigten, wurden zur Polizeiwache gebracht. Laut sozialen Medien musste sich die Frau bei der Polizeiuntersuchung im Revier nackt ausziehen - ein weiteres Zeichen der gewaltsamen Unterdrückung seitens der Polizei und der Unterdrückung der Frau im sexistischen Peru!

Die Bilanz nach den letzten turbulenten Tagen in Peru lautet: zwei offizielle Tote, über 110 Verletzte (über 60 von ihnen mussten wegen ihrer Ver-

letzungen ins Krankenhaus), und offiziell 41 Vermisste, allerdings konnte über soziale Medien festgestellt werden, dass es 60 Vermisste waren, von denen noch immer zwei als vermisst gelten. 58 Vermisste informierten inzwischen darüber, wieder zurück zu Hause zu sein.

Damit nicht genug, wurde die Pressefreiheit streng beschränkt - während der Proteste wurden weiterhin Gewinnspiel- und Comedy-Sendungen ausgestrahlt. Es wurde Werbung mitten in Interviews über das Geschehen in den Demos eingeschaltet und es wurde generell so gut wie nichts über die Proteste aber vor allem über die Angriffe der Polizei an die Zivilbevölkerung berichtet. Der gesamte Verwaltungsrat des Nationalen Instituts für Radio und Fernsehen Perus (IRTP) kündigte am 12. November ohne große Erklärung. Etwas später würde der Pressechef des IRTP darauf hinweisen, dass der Grund seiner Kündigung der ausgeübte Druck seitens einer Person in nächster Nähe von Manuel Merino war, der den Staatssender dazu bringen wollte, mit der Berichterstattung über die bundesweiten Proteste gegen die Absetzung Vizcarras aufzuhören.

Doch die Zweihundertjährige Generation* ließ sich nicht unterkriegen. Sie gingen auf die Straße, sie organisierten und informierten sich gegenseitig über soziale Medien, Telegram, TikTok, etc. und sie nahmen die Presseberichterstattung selbst in die Hand. Sie organisierten Rettungs- und Tränengaslöschungsbrigaden. Sie protestierten massiv, friedlich und kreativ. Diejenigen, die nicht auf die Straße konnten oder Angst hatten, nutzten ihre Online-Profile, um zu informieren und zu warnen. Sie reagierten schnell, flexibel und solidarisch auf die Ereignisse und selbst nach dem Tod der zwei jungen Männer, die den Polizeiangriffen zum Opfer fielen, gingen sie weiterhin auf die Straße, bis sie aus dem Palacio de Gobierno, aus dem Regierungspalast,

die Botschaft für die Nation hörten: „Ich möchte das ganze Land darüber informieren, dass ich (Manuel Merino) meinen unwiderruflichen Rücktritt vom Amt des Präsidenten der Republik bekannt gebe“.

Die Instabilität der letzten Tage kommt nicht von ungefähr. Schon 2016 wurden die Grundsteine dafür gelegt, mit der Niederlage von Keiko Fujimori gegen Pedro Pablo Kuczynski. Fujimori erlangte trotz Wahlniederlage 73 von 130 Sitzen im Parlament und hatte somit die Mehrheit im Kongress. Nach einigen Veränderungen bestand die Opposition immer noch aus einer fujimoristischen Mehrheit und APRA-Kollegen (Partei des verstorbenen Alan García). Sie stellten sich immer wieder gegen die Arbeit der Regierung Kuczynskis und führten unter anderem dazu, dass der damalige Bildungsminister Jaime Saavedra (der auch unter Ollanta Humala Bildungsminister war) kündigen musste. Das neue Bildungsgesetz und dessen Kontrollinstitution SUNEDU (Nationale Oberaufsicht für Hochschulbildung), welche sämtliche Schein-Privatuniversitäten verbot, war ihnen, teilweise selbst Mitglieder im Vorstand oder Teilhaber dieser Universitäten, ein Dorn im Auge.

Als Kuczynski nicht mehr Präsident war, führte Vizcarra die Linie fort - es wurden Gesetzesentwürfe vorgeschlagen, die der Mafia im Personenverkehr ein Ende bereiten sollte. Das Umweltgesetz, welches Bergbau- und Holzunternehmen strenge und hohe Standards vorschreibt, wurde ausgebaut. Des Weiteren wurde das Gesetz für politische Parteien modifiziert und damit Finanzierung, Demokratie innerhalb der Partei und eine Frauenquote festgelegt, unter anderem. Es standen noch Modifizierungen aus, die Personen die Teilnahme als PräsidentenkandidatInnen verbieten soll, die in erster Instanz wegen vorsätzlicher Straftaten verurteilt wurden. Darüber hinaus sollte die unantastbare parlamentarische Immunität modifiziert, wenn nicht sogar aufgehoben werden. Aufgrund dieser Immunität können 68 von 130 Kongressmänner und -frauen nach wie vor im Amt sitzen, obwohl gegen

sie jeweils mehrere Gerichtsverfahren laufen. Gegen ein Mitglied des Kongresses laufen sogar 85 Gerichtsverfahren. Er wird wegen Nötigung zur Arbeit, Geldwäsche und Amtsmissbrauch, unter anderem, angeklagt. Gegen ein weiteres Mitglied des Kongresses laufen 52 Gerichtsverfahren.

Francisco Sagasti soll Peru aus der Krise führen. Vom 76-jährigen wird viel erwartet – er soll die Unruhe im Land beenden aber auch Maßnahmen ergreifen, damit das, was in den letzten Tagen während der Proteste geschah, sich nicht wiederholt. Die Bevölkerung möchte ihre Hoffnung zurück aber blickt dennoch skeptisch und wachsam auf die neu zusammengesetzte Regierungsgruppe. Sie erwartet, dass die tief verwurzelte Korruption, die überall im Regierungsapparat zu finden ist, endlich an der Wurzel gepackt und ausgerottet wird und alle Verantwortlichen entsprechend bestraft werden. Es wird sich zeigen, wie die Übergangsregierung agiert. Wir bleiben gespannt und können ziemlich sicher sein, dass das Volk erwacht ist und sich nicht für dumm verkauft lassen. Der Erfolg der Amtsniederlegung Merinos ist noch sehr präsent, als dass jetzt klein beigegeben wird. „Das vereinigte Volk wird niemals besiegt werden“.

* Die Zweihundertjährige Generation ist der Name, der Jugendliche und Teenager in Peru darstellt, die an den Protesten in Peru im Jahr 2020 gegen die Usurpator-Regierung von Manuel Merino und den Kongress der Republik Peru teilgenommen haben. Der Name fällt mit dem Gedenken an die Zweihundertjahrfeier der Unabhängigkeit Perus zusammen.

Bea, Braunschweig

Die politische Instabilität ist nach wie vor latent und vor allem Jugendliche und Studenten werden weiter protestieren. Diese tiefe politische Krise drückt sich in einer akuten wirtschaftlichen Krise aus, deren Lasten von der breiten Masse der Bevölkerung getragen wird. Diese Probleme vergrößern sich zusammen mit der sozialen Krise und der Gesundheitskrise, die ganz massiv und akut ist. Die Pandemie hat am härtesten die

breite Bevölkerung getroffen. Peru nähert sich der Millionengrenze an Infizierten und es sind 40.000 Menschen an Covid-19 gestorben. Das sind die offiziellen Zahlen, denen wir aber nicht vertrauen. Es gibt andere Organisationen, die behaupten, dass 70.000 Menschen gestorben sind.

Die Bevölkerung hat eigene Überlebensmechanismen entwickelt, sich selbst zu helfen und darüber hinaus den Widerstand zu organisieren und gegen die fortschreitende Verarmung der Bevölkerung zu kämpfen. Die Situation ist chaotisch – es herrscht eine große Lebensmittelknappheit, was alles zusätzlich verschärft. Arbeitnehmer werden unterdrückt, es gab Massenentlassungen von 500.000 Menschen und die Menschen haben keinen Lohn für Essen oder Medikamente.

Wie sind die Frauen organisiert?

Die Frauen haben sich am besten organisiert. Sie haben Volkstafeln organisiert, verwalten das Essen und organisieren die Verteilung und Lebensmittelversorgung in ihren Viertel.

Diese Organisation der Frauen ist eine alte Tradition. Sie gehören nicht einer Partei an oder einer bestimmten Organisation, es ist mehr so eine Grundsache, die fast selbstverständlich ist. Sie organisieren sich an der Basis über ihre Viertel. Sie arbeiten über sogenannte Volkstafeln. Es nennt sich „gemeinschaftlicher Topf“, und sie benutzen den zusammen. Sie holen von überall und jede bringt etwas mit und sie kochen für ganz viele Menschen. Diese Frauen haben die Idee, dass sie Unterstützung sind für die, die bei den Protesten an erster Front sind: Es ist noch in den Köpfen, dass die Frauen kochen, dass die Männer protestieren gehen und das Volk nicht hungert, sondern sich organisieren kann. Aber auch, dass die Kinder nicht hungern. Das Volk hat gar kein Geld, um Essen zu kaufen und sie werfen alles zusammen, was sie organisieren können. Das geht aber nicht ohne Solidarität. Die Organisatoren gehen von Markt

Fortsetzung Seite 16 >>

zu Markt und sammeln Spenden und die Marktverkäufer sind solidarisch und geben diese.

Die Gesundheitssituation in Lima

Die Gesundheitssituation ist sehr kritisch, weil alles privatisiert wurde durch die neoliberale Tendenz, alles Soziale abzubauen. Jeder, der sich die Behandlung leisten konnte, konnte behandelt werden und die anderen nicht. Als die Pandemie ausbrach, waren die staatlichen Krankenhäuser verlassen, sie hatten noch nicht einmal mehr eine Grundausstattung wie Betten, von medizinischen Geräten ganz zu schweigen. Die Bevölkerung wurde auf gut Glück dagelassen, die Krankenhäuser waren überlastet und kollabierten.

Die privaten Kliniken haben für eine Behandlung von zwei bis vier Tagen 200 – 400 \$ pro Person verlangt. Die Mitarbeiter im Gesundheitssystem sind als Personen, aber auch als Ganzes kollabiert. Viele haben sich infiziert. 1000 Menschen im medizinischen Sektor sind gestorben. Peru wurde zum Land mit den meisten Infizierten. Es gab viele und dann kam der Herdenfaktor dazu. Dann stagnierte das durch den Lockdown, aber durch die Demos der letzten Tage befürchtet man eine Weiterverbreitung.

Canto Vivo hat die kommende Situation geahnt, waren persönlich in den Anden Perus, haben mit den Eltern der Schüler zusammen die gemeinschaftlichen Gärten ins Leben gerufen, die „huertos solidarios“. Mit den Gärten haben sie das Problem gelindert – aber sie werden es nicht damit lösen. Es wurde viel Gemüse angebaut. Das ist nur ein Teil von dem, was die Lebensmittel für eine Familie darstellt. Man kann sich nicht nur von Gemüse ernähren, aber mit dem Anteil haben sie geholfen, dass die Lebensmittelknappheit sie nicht so trifft. Diese Initiative von Canto Vivo wurde schon kopiert, von den Müttern in den Slums von Lima, damit sie zu etwas zu Essen kommen.

Jesus: „Wir bauen zwar Gemüse an und das Gemüse lindert den Hunger, aber es geht nicht nur um den Hunger im Bauch, sondern auch um den Hunger in der Seele. Es geht darum, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Es gibt die bedürftigen Familien, aber auch diejenigen, die gar nichts haben. Wir machen Lebensmittelkörbe für die ganz ganz armen Familien, die etwas zum Essen bekommen sollen.“

Was ich zum Ende sagen möchte, ist, dass wir im Vordergrund haben, dass wir solidarisch mit denen sein müssen, die am wenigsten haben. Eure Arbeit in Schwäbisch Hall ist die Solidarität, die ihr uns gegenüber habt, die geben wir weiter an die, die gar nichts haben.“

Waltraut, Schwäbisch Hall

Spendet für die Huertos Solidarios! Sie werden weiterhin dringend gebraucht!

Spendenkonto bei der Frankfurter Volksbank:
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84, BIC: FFVBDEFF
Stichwort: Huertos Solidarios



Solidaritätserklärung der deutschen Umweltgewerkschaft mit der peruanischen Umweltorganisation Canto Vivo“ zur prekären Lage in Peru während der weltweiten Corona-Pandemie.

Mit grosser Besorgnis haben wir bei der ersten Videokonferenz im November 2020 mit „Canto Vivo „ aus Peru zur Kenntnis genommen, dass es in Peru wieder bzw. immer noch Hunger gibt. Durch die aktuelle globale Corona-Pandemie verursacht, aber ursächlich begründet im menschenfeindlichen neoliberalen Wirtschaftssystem und durch jahrelange korrupte Regierungen verantwortet, müssen vor allen Dingen die indigene Bevölkerung im Amazonasgebiet von Peru aber auch die Menschen in den städtischen Slums hungern. Für die vielen Tagelöhner gibt es momentan auf Grund des Lock-downs keine Möglichkeit mehr, ihren täglichen Lebensunterhalt zu verdienen.

Die Regierung tat bisher nichts dagegen und war nur mit sich selbst beschäftigt.

Ausserdem sticht die Ungerechtigkeit und Unfähigkeit des neoliberalen Gesundheitssystems nicht nur in Peru, derzeit geradezu hervor, da es nur den Reichen überhaupt einen Zugang zu einer existentiellen Gesundheitsversorgung ermöglicht. Das ist für uns unvorstellbar und unakzeptabel.

Umso erfreulicher ist die Tatsache, dass Canto Vivo die traditionelle indigene Solidarkultur wieder belebt und vor allem die Frauen für die Menschen im Amazonasgebiet sowie in den Slums von Lima, kostenlose Suppenküchen für Alle organisieren.

Wir, die Umweltgewerkschaft in Deutschland möchten diese guten Initiativen gemäß dem Punkt 5 unseres Grundsatzprogramms: Umweltschutz ist grenzenlos global denken, lokal, national und weltweit organisiert handeln solidarisch mit einer bundesweiten Spendenaktion materiell unterstützen.

Unsere Devise lautet: Die Umweltgewerkschaft entwickelt systematisch internationale Beziehungen zur Koordinierung der weltweiten Umweltbewegung. In diesem Sinne wird der Aufbau von Partnerschaften auf allen Kontinenten gefördert. Jeder einzelne Widerstand ist Teil der ganzen Bewegung.

Viva la solidaridad internacional!

Bericht über die Ureinwohner Amazoniens

frei nach dem Videochat mit Jesus und Dayamis/Canto Vivo vom 28.11.20

Das Amazonasgebiet ist der größte Regenwald der Welt. Er umfasst mehr als sieben Millionen km², verteilt auf neun Länder. Er besitzt eine der größten Reserven an biologischer Vielfalt, da er 30 bis 50% der weltweiten Flora und Fauna und 20% des nicht gefrorenen Süßwassers der Welt beherbergt. Er ist auch ein großer Regulator des Klimawandels und der Aufrechterhaltung des weltweiten Klimagleichgewichts. Er spielt auch eine sehr wichtige Rolle bei der Abscheidung von atmosphärischem Kohlenstoff und trägt somit zur Verringerung der globalen Erwärmung bei.

Im Amazonasgebiet leben 37 Mio. Menschen. Etwa drei Mio. sind Ureinwohner, die zu 420 indigenen Völkern gehören, jedes mit eigener Sprache, Kultur und eigenem Territorium. Sie sprechen 86 Sprachen und 650 Dialekte. Mindestens 60 Völker leben in völliger Abgeschlossenheit. Man schätzt, dass diese Kulturen in völliger Isolation etwa 145 Völker umfassen könnten, von denen nur etwa 80 von Anthropologen untersucht und beschrieben worden sind.

Diese indigenen Völker sind extrem anfällig. Sie haben keine Immunität gegen Krankheiten entwickelt, die von Außenstehenden übertragen werden. Viele von ihnen leben in ständiger Flucht, um sich vor dem Eindringen von Siedlern, Holzfällern, Rohstoffunternehmen und Viehzüchtern in ihr Land zu retten.

In diesem Jahr, mit der Covid-19-Pandemie, die die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen hat, bleibt die Zerstörung der wichtigsten grünen Lunge des Planeten unbemerkt. Die Wahrheit ist, dass bis Oktober dieses Jahres 89.604 Brände entdeckt wurden, d. h. 428 mehr als im vergangenen Jahr allein im brasilianischen Amazonasgebiet.

Die Katastrophe wird zweifellos durch die großen Bergbau- und Viehkonsortien verursacht, die unter Ausnutzung des absichtlichen Fehlens einer Umweltpolitik der Regierung des ultrarechten brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro dafür sorgen, dass die Brände weitere

Gebiete erobern. Die einzige Reaktion der Regierung von Jair Bolsonaro auf diesen alarmierenden Zustand war die Mobilisierung von fast 4.000 Soldaten. Diese Militärpräsenz im Urwald ist schädlich und dient eher den Interessen der Bergarbeiter, Viehzüchter und Holzfäller, die sich dadurch von den Ansprüchen der indigenen Völker dieser Region geschützt fühlen. Bolsonaro hat behauptet, Brasilien werde von einer internationalen Umweltschützersekte angegriffen, während in Wirklichkeit das Amazonasgebiet durch kapitalistische Plünderung ausgeplündert wird. Es wird unterdessen von den großen Abholzungskonsortien, von den multinationalen Bergbaukonzernen abgeholzt, und das Amazonasgebiet ist begehrt für die Agroindustrie, die Massentierhaltung, ihre Ressourcen sind begehrt für die abartige kapitalistische Produktionsweise.

Der Handel mit illegalem Holz hörte mit der Pandemie nicht auf. Im Gegenteil, er nahm erheblich zu, weil die wenigen bestehenden Kontrollen wegen der Quarantäne nicht funktionierten. Große Unternehmen fällten weiterhin riesige Holzmengen, die sie ohne Kontrollen auf Flüssen und Straßen transportierten.

Die Viehzucht ist für große Waldverluste im Amazonasgebiet, vor allem in Brasilien, verantwortlich. Etwa zwei Drittel des in dieser Region abgeholzten Waldes werden in Weideland für Tausende von Rindergruppen mit insgesamt mehr als sechzig Millionen Stück Vieh umgewandelt, was zwei Kühen pro sieben Brasilianer entspricht. Etwas Ähnliches geschieht seit geraumer Zeit im peruanischen Amazonasgebiet.

Monokultur-Plantagen im Amazonasgebiet verursachen die Abholzung großer Gebiete mit dem daraus resultierenden Verlust der Artenvielfalt. Ebenso sind die indigenen Völker Opfer der Enteignung ihrer Territorien, die ihnen seit jeher gehören. Die Ausdehnung des agroindustriellen Anbaus von Ölpalmen, Kakao, Kaffee und Koka ist daher ein weiterer Faktor für die Plünderung und Abholzung

der Wälder des Amazonas. Offiziellen Daten zufolge, die nicht ganz zuverlässig sind, hat die Abholzung durch Monokulturen wie Ölpalmen im peruanischen Departement Loreto seit 2006 exponentiell zugenommen, von 1250 auf 8343 Hektar in nur sechs Jahren.

Es muss klargestellt werden, dass das im Amazonasgebiet auftretende Problem nicht nur auf Bolsonaro zurückzuführen ist. Die multinationalen Konzerne, die Landbesitzer, die gesamte Ausbeuterklasse und ihr kriminelles System, der Kapitalismus, sind diejenigen, die den Planeten ausplündern, diejenigen, die die arbeitenden Massen ausbeuten. Sie sind es, die Ökozid, Völkermord provozieren, die die Ermordung von Bauern, Indigenen und Umweltführern anordnen, um ihren Kampf zum Schweigen zu bringen.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Rodung des Amazonasgebietes zwar die Bevölkerung der neun Länder des Amazonasgebietes, insbesondere die indigenen Völker, die Teil des Waldes sind, unmittelbarer betrifft, ihre Zerstörung jedoch globale Auswirkungen hat. Der Verlust dieses Ökosystems verändert auch die Lebensbedingungen auf der ganzen Erde.

Pandemie im Amazonasgebiet

Brände, intensive Landwirtschaft, die Holzindustrie, Bergbau und Ölförderung sowie die Covid-19-Pandemie haben alle Übel des Amazonas verschlimmert und richten unter den indigenen Völkern, die seine Hauptverteidiger sind, Verwüstungen an.

Zu Beginn der Pandemie glaubte man, dass das Coronavirus nur ein Problem der Städte sei, jener Städte, die sehr weit von den indigenen Völkern entfernt sind, die sich entlang des Amazonas und seiner Nebenflüsse befinden. Aber die Städte Manaus (Brasilien), Iquitos (Peru) und Leticia (Kolumbien) wurden zu den größten Hotspots im Amazonasgebiet.

Fortsetzung Seite 18 >>

Die Ankündigung des ersten Falls in Manaus (Brasilien), das als Hauptstadt des Amazonas gilt, löste eine Welle der Panik aus. Im Bewusstsein der drohenden Gefahr schlugen die indigenen Häuptlinge Alarm. Sie sagten, es bestehe die Gefahr eines Völkermords, des Verschwindens ihrer Gemeinschaften im gesamten Amazonasbecken.

Die indigenen Völker sind sich bewusst, dass es weder Ärzte in den Gemeinden gibt, noch gibt es Nahrungsmittel, Medikamente oder präventives Material. Sie alle wissen, dass es immer beängstigend ist, im Dschungel krank zu werden, aber heute sagen sie, dass sie mehr Angst haben als je zuvor. In Wirklichkeit ist es auch der angekündigte Tod für die Gemeinden im Amazonasgebiet, denn die Regierungen der neun Amazonasländer haben den indigenen Bevölkerungen nie geholfen. Vor allem die brasilianischen Indigenen sagen, dass die Absicht besteht, ihnen das Coronavirus zu übertragen, um ihre ethnischen Gruppen auszulöschen, weil die Position von Jair Bolsonaro seit seiner Machtübernahme zu 100% gegen die Ureinwohner gerichtet ist. Angesichts solcher Vorzeichen verließ die Mehrheit der indigenen Amazonasbewohner aus allen Ländern ihre Wohnstätten, floh und begab sich aus Angst vor Ansteckung in den unzugänglichen Wald. Diejenigen, die in ihren Häusern blieben, beschlossen, allen Fremden aus ihrer Gemeinschaft den Zugang zu ihren Dörfern zu versperren.

Angesichts des völligen Mangels an Medikamenten wandten die Indigenen ihr angestammtes Wissen an. Sie reisten entlang der Flüsse auf der Suche nach Heilpflanzen, um sich selbst gemäß den Symptomen zu behandeln, entsprechend den Lehren ihrer Vorfahren. Sie bereiteten zum Beispiel Infusionen mit Carapanaúba-Rinde, einem Baum mit entzündungshemmenden Eigenschaften, oder mit Saracuramirá vor, das in der Malariabehandlung beliebt ist. Aber die Tage vergingen, und die Pandemie begann schnell Opfer zu fordern. Die indigenen Frauen sahen ihre Angehörigen sterben und riefen um Hilfe, die nicht verfügbar war. Sie wussten nicht, dass in den selben Großstädten der Welt Abertausende von Menschen auch ohne medizinische Hilfe sterben und dass die Hilfe sie nicht erreichen würde. Bis heute ist nicht bekannt, wie viele

indigene Völker im Amazonasgebiet ausgestorben sind. Die einzige Information stammt aus dem Monat Juli. Das Pan-Amazonian Ecclesiastical Network (panamerikanisches kirchliches Netzwerk) schätzte Ende Juli, dass 27.517 Indigene infiziert wurden und 1.108 starben. Etwa 190 indigene Dörfer sind von der Epidemie betroffen. Viele prominente indigene Führer des Amazonasgebiets sind am Coronavirus gestorben. Heute weinen viele indigene Völker des Amazonas um ihre Verwandten, weinen um ihre Führer, weinen um ihre Großeltern, weil mit ihnen das Wissen der Vorfahren verschwunden ist. Nur die Jugend bleibt, Waisen der Lehren, die die Gültigkeit ihrer Kulturen, ihrer Bräuche und Sitten gewährleisten.

Die Pandemie des neuen Coronavirus hat nicht nur die enorme soziale Ungleichheit im Land gezeigt, sondern auch die Prekarität des öffentlichen Gesundheitssystems, das im Amazonasgebiet, insbesondere in Peru, nicht vorhanden ist. Die aktuelle Gesundheitskrise trifft und bedroht das Überleben der ärmsten und der meisten indigenen Völker des Amazonasgebiets, die historisch immer ausgeschlossen und ausgegrenzt waren.

Loreto war eine der Regionen mit der höchsten Anzahl von COVID-19-Fällen in Peru. Die vollständige Abriegelung ihrer Gebiete war die erste Maßnahme, die die indigenen Gemeinschaften dieser Region ergriffen, als die peruanische Regierung am 16. März angesichts des Vordringens des Coronavirus den Ausnahmezustand verhängte. Die indigenen Gemeinden sperrten Straßen und Brücken und hinderten Boote daran, die Flüsse zu befahren. Infolgedessen wurden fast eine Million Menschen, die in den indigenen Gemeinden des peruanischen Amazonasgebiets leben, isoliert, da dies der beste Weg war, sich vor der Bedrohung durch das neue Virus zu schützen.

Für indigene Gemeinschaften im Amazonasgebiet, wie z. Bsp. die Tikuna im Ene-Peru-Tal, ist die Herausforderung, Pandemien zu überleben, nicht neu. Ihre Geschichte war geprägt von Zeiten freiwilliger Isolation, die es ihnen ermöglichten, Epidemien wie Cholera, Grippe, Pocken, Gelbfieber u.a. zu begegnen und so ihren Lebensunterhalt und ihr Überleben bis heute zu sichern.

In verschiedenen indigenen Gemeinden des Amazonasgebietes sind medizinische Versorgungszentren improvisiert worden, die weder mit Medikamenten noch Ausrüstung ausgestattet waren, um der Pandemie zu begegnen. In Ermangelung von Medikamenten werden Tränke aus Heilkräutern hergestellt, die im Fall von COVID-19 nicht wirksam sind.

So schritt die Pandemie im Amazonasgebiet schneller voran als in den Staaten. In Peru geschah dasselbe wie in den anderen Amazonasländern. In Peru leben 51 indigene Völker des Amazonas mit einer indigenen Gesamtbevölkerung von 2.014.534 Menschen. Diese Menschen verfügen nicht über eine Grundversorgung und 75 Prozent haben keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten. Aufgrund des Fehlens eines umfassenden Gesundheitsinterventionsplans konnte in den ersten Wochen der Pandemie und aufgrund der Entfernung die schnelle und tödliche Ausbreitung des Coronavirus nicht eingedämmt werden. Es gibt Amazonas-Gemeinschaften, die erst nach einigen Tagen erreicht werden können. Zuerst auf dem Luftweg, dann auf dem Landweg und dann mit dem Boot.

Es ist angesichts der durch die Covid-19-Pandemie verursachten gesundheitlichen und sozialen Notlage in den einheimischen Gemeinden notwendig, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, zu begleiten und zu kontrollieren. Zum großen Teil haben die indigenen Gemeinschaften selbst begonnen, in Ausübung ihrer Autonomie und ihres Selbstbestimmungsrechts in ihren Territorien zu handeln, wofür sie die Solidarität von Gesundheitsorganisationen und Umweltschützern erhalten haben.

All dies ist jedoch unzureichend, da das Gebiet weitläufig und schwer zugänglich ist. In der Zwischenzeit ist es notwendig, sich gemeinsam mit den oben genannten Organisationen an der Errichtung eines umfassenden Unterstützungs- und Mobilisierungsnetzes zu beteiligen, das dazu beiträgt, die Bedingungen, die die indigene Bevölkerung des Amazonasgebietes durchlebt, sichtbar zu machen und ihre dringendsten Bedürfnisse zu decken.

Flagge zeigen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen!

Der 25. November ist ein Kampf- tag der Frauen und Mädchen auf der ganzen Welt gegen Gewalt an Frauen. Wir sagen Nein zu allen Formen der Diskriminierung aufgrund unseres Geschlechts, der besonderen Unterdrückung, reaktionären Ideologien und Praktiken wie Sexismus und patriarchale Denk- und Verhaltensmuster.

Wir rufen gemeinsam auf zu öffentlichen Aktionen rund um den 25.11.20 – natürlich bei erforderlichem Schutz der Gesundheit!

Frauen und die Familien tragen vor allem die Auswirkungen der Corona-Krise und der Weltwirtschafts- und Finanzkrise. „Homeoffice“ führte insbesondere Frauen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit, oft darüber hinaus. In der zweiten Welle bleiben Schulen und KiTas geöffnet trotz einer rasant ansteigenden Zahl von Infektionen bei Kindern und pädagogischem Personal. Das setzt die Gesundheit der Kinder und Familien auf Spiel.

Unter Ausgangssperren und Kontakt- verbot während der Corona-Pandemie nimmt häusliche Gewalt extrem zu. Löhne, von denen Frauen kaum eigenständig leben können, steigende Mieten, halten Frauen in Abhängig- keit, sind Teil ihrer Unterdrückung.

Zu Recht sind rechte Regierungen und Politiker auf der ganzen Welt – Trump, Erdogan, Bolsonaro, AfD und Co. – das Feindbild vieler Frauenpro- teste. Ihre Attacken auf erkämpfte Frauenrechte schaffen ein Klima, in

dem Gewalt gegen Frauen salonfähig ist. Gerade junge Frauen und Mäd- chen rebellieren dagegen und gegen Sexismus in der Gesellschaft:

- › Jeden dritten Tag wird in Deutsch- land eine Frau durch ihren (Ex-) Partner umgebracht. Jede zweite schutzsuchende Frau muss von den Frauenhäusern abgewiesen werden, weil 14.600 Plätze fehlen. Deutsch- land ist Hauptumschlagplatz der europäischen Prostitution. Faschis- tische Angriffe und Drohungen gegen kämpferische Frauen bleiben jahrelang unaufgeklärt. Dagegen gingen am Internationalen Frau- entag 2020 Frauen und Mädchen massenhaft auf die Straße.



- › In Polen protestieren Zehntau- sende wütende Frauen und auch Männer gegen die PiS Regierung und ihre unmenschliche Verschär- fung des Abtreibungsrechts.

- › Fünf Millionen TeilnehmerInnen marschierten in den USA gegen den faschistoiden Trump durch viele Städte – in Tradition des gro- ßen „Women's March“.
- › Mutige Frauen stehen an der Spitze des Protestes gegen den Präsi- denten in Belarus.
- › Massenkundgebungen von Frauen in Bangladesh und Indien unter dem Motto „gegen Vergewaltigun- gen und deren Straflosigkeit“.
- › In der Türkei, Polen und Ungarn wehren sich Frauen lautstark gegen die geplante Aufkündigung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen durch ihre Regierungen.

Lasst uns gemeinsam eine rote Linie ziehen, die nicht überschrit- ten werden darf! Nein heißt Nein! Der 12. frauenpolitische Rat- schlag 2019 hat eine wichtige Erklärung verabschiedet gegen die Rechtsentwicklung vieler Regierungen und das Erstarren faschistoider, faschistischer und rassistischer Parteien und Grup- pen. „Es ist der kleinste, aber not- wendige gemeinsame Nenner!“ Unterzeichnet diese parteiüber- greifende Initiative! (www.frauenpolitischerratschlag.de) Stärkt die kämpferische Frauenbewe- gung in Deutschland! Nur gemein- sam und organisiert erkämpfen wir eine Gesellschaft, in der Frauen frei, gleichberechtigt und respektiert leben können!

**NEIN!
ZU GEWALT AN FRAUEN**

Der Dorn in Erdogans Auge (Schwäbisches Tagblatt vom 3.11.20)

Bei einem Solidaritätsabend machten Tübinger Gruppen auf den „Welt-Kobane-Tag“ aufmerksam. (Kathrin Löffler)

2015 machte Kobane Schlagzeilen. Kurdische Milizen befreiten die nordsyrische Stadt mit Unterstützung des US-Militärs von Terrorgruppen des Islamischen Staats (IS). Mittlerweile ist Kobane aus dem medialen Fokus westlicher Länder verschwunden.

Die Organisation „Solidarität International“ will das mit ihrem jährlichen „Welt-Kobane-Tag“ ändern.

Bei der Tübinger Ausgabe am Sonntag im Gemeindehaus Lamm zeigte E. S. von Solidarität International aktuelle Fotos von Kobane. Zu sehen waren neue Häuserzeilen, neue Kliniken. Die damals zu 80 Prozent zerstörte Stadt sei wiederaufgebaut und wunderschön. E. S. und den anderen Referenten zufolge ist die Region inzwischen erneut bedroht. Kobane liegt an der Grenze zur Türkei im mehrheitlich von Kurden bewohnten autonomen Gebiet Rojava. Für viele ist Rojava mehr demokratische Vision als geografische Angabe: Geschlechter gelten dort als gleichberechtigt, verschiedene Ethnien leben miteinander, Kinderehen und Mehrehen sind verboten. Frauenzentren und Frauengerichte wurden eingerichtet, vor kurzem eröffnete die erste Frauenfahrschule.

Im Herbst 2019 marschierte die türkische Armee in Nordsyrien ein. Grund dafür war, dass die Türkei die Kurdenmiliz YPG als Terrorvereinigung bewertet. Die Redner im Lamm gehen davon aus, dass dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan das freiheitliche Projekt Rojava unter kurdischer Selbstverwaltung ein Dorn im Auge ist: „Mit seiner Offensive will Erdogan die Gleichstellung von Mann und Frau rückgängig machen“, sagte N. O. vom Frauenverband Courage.

Im Kampf gegen den IS seien 20 000 Freiheitskämpferinnen beteiligt gewesen. Nun hätten Frauen in den von der Türkei kontrollierten Gebieten keine Möglichkeiten mehr, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Landwirtschaftliche Kooperativen beispielsweise würden zerstört. Laut E. W. von der vom Verfassungsschutz als linksextrimistisch eingestuften Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) werden in den türkischen Besatzungsgebieten Kurden und Araber terrorisiert und enteignet. Erdogan lasse Dörfer überfallen, Felder in Brand schießen und Wasserzuflüsse vom Fluss Euphrat blockieren.

Rojava habe gezeigt, welche positive Zukunft in Syrien möglich sei. „Wir fordern den sofortigen Abzug der türkischen Truppen aus Nordsyrien“, sagte E. W. J. A. von der Informationsstelle Militarisierung warf der Bundesrepublik eine Mitverantwortung vor. A. kritisierte, dass

deutsche Behörden zunehmend Genehmigungen für Rüstungsexporte ausstellten. Öffentliche Informationen zu Rüstungslieferungen würden dagegen eingeschränkt, um eine Identifizierung der Herstellerunternehmen zu erschweren. In den vergangenen zwei Jahren war die Türkei jeweils Hauptempfängerland deutscher Rüstungsexporte.

Die ICOR, ein internationaler Zusammenschluss kommunistischer Parteien, hat in Kobane den Bau einer Geburtsklinik unterstützt.

Nach Angaben von Solidarität International kommen dort täglich bis zu 15 Babys zur Welt, im Jahr rund 5000. Die im Lamm eingegangenen Spenden sollen der Klinik und der medizinischen Versorgung in Rojava zugutekommen. Veranstaltet hat den Abend das Rojava-Solidaritätskomitee Tübingen.

Wie E. S. erzählte, breitet sich das Coronavirus auch in Nordsyrien zurzeit besonders rasant aus. 1,3 Millionen Binnenvertriebene lebten in der Region, in den Flüchtlingscamps sei es schwierig, Abstand zu halten, der Umgang mit Hygieneregeln vor Ort mitunter besonders sorglos. E. S. zufolge kommen dort auf Millionen Menschen 20 Beatmungsgeräte. Tübingen unter anderem.“

Zusätzliche Informationen:

Die Namen im Artikel haben wir gekürzt.

Der Erlös des Abends von 210 € wurden die Solidaritäts- und Hilfsorganisationen SI und Heyvar Sor a Kurdistan übergeben.

Die Bedingungen für unseren Kobane-Soliabend waren schwierig:

Die Anzahl der Teilnehmer waren wegen Corona auf 40 begrenzt und Sicherheitsmaßnahmen – zuverlässlich eingehalten – erschwerten die Veranstaltung. Zusätzlich behindert wurde die Entwicklung einer breiten Solidarität durch die Spaltung der Solidaritätsbewegung von Seiten der Organisation „women defend Rojava“ und weiteren Organisationen aus dem autonomen Bereich.

Wir verteidigen das Prinzip, dass auch kommunistische Parteien, wie die MLPD- zur Solibewegung gehören. Wir konzentrierten unsere Kräfte, konnten neue hinzugewinnen und werden auch weiterhin am Prinzip festhalten, gemeinsam eine breite Unterstützung für das mutige, demokratische Projekt in Nord-Ost Syrien zu entwickeln.

Vorstand der SI-Ortsgruppe Tübingen/Reutlingen

Das Denkmal für die zwangsprostituierten Frauen des Asien-Pazifik Krieges in Moabit muss bleiben!



Korrespondenz von SI Berlin

Am 28.09.2020 wurde vom Korea-Verband an der Ecke Bremer Straße / Birkenstraße ein besonderes Denkmal mit einer kulturreichen Zeremonie eingeweiht. Eine Vertreterin des Bezirksamtes Mitte, das die Errichtung – weil auf öffentlichem Straßenraum – genehmigt hatte, hielt ein Grußwort. Eine Woche später verfügte dasselbe Bezirksamt, die Statue müsse binnen einer Woche wieder weg. Über einen Monat später steht die Statue immer noch, liebevoll mit Blumen geschmückt. Was ist da los?

Das Denkmal – Friedensstatue genannt – soll an die über zweihunderttausend Frauen und Mädchen aus vielen Ländern Asiens erinnern, die von der japanischen Armee in ihre Militärbordelle verschleppt wurden. „Trostfrauen“ wurden sie zynischerweise genannt. Sexualisierte Gewalt ist ein tabubelastetes Thema. Erst im August 1991 ging eine der Überlebenden mit ihrem Leid an die Öffentlichkeit. Seitdem

gibt es wöchentliche Kundgebungen vor der japanischen Botschaft in Seoul und seit 2002 etwa 70 dieser Friedensstatuen weltweit. In Deutschland ist dies die einzige im öffentlichen Raum.

Die japanischen Regierungen haben bisher eine Entschuldigung und Entschädigung für diese Kriegsverbrechen verweigert. Stattdessen üben sie sofort internationalen Druck aus, dass diese Mahnmale wieder abgebaut werden. Japanische Städte drohen mit der Aufkündigung der Städtepartnerschaft, die Botschafter wenden sich an die betreffenden Regierungen. So auch hier an das Außenministerium, das sich an den Berliner Senat und der sich an das

Am 01.12. hat die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin Mitte mehrheitlich beschlossen, dass das Denkmal bis Ende September 2021 stehen bleiben darf. (Es war für ein Jahr genehmigt worden). Der Bezirksbürgermeister wurde aufgefordert, zusammen mit dem Korea Verband eine dauerhafte Lösung zu finden.

Ein großer Erfolg bis jetzt. Trotzdem geht die Wühlarbeit der japanischen Regierung gegen das Denkmal weiter und Wachsamkeit ist geboten.

Bezirksamt. Tenor: die Stau stört das Verhältnis beider Staaten und ist außerdem eine innerasiatische Angelegenheit, die in Deutschland nichts zu suchen habe. Vom grünen Bezirksbürgermeister heißt das dann so: Die Statue störe das friedliche Zusammenleben der Nationalitäten im Bezirk und müsse daher weg.

Der Koreaverband stellte Rechtschutzantrag bei Gericht gegen die Abrissverfügung und ging an die Öffentlichkeit. Mit großem Erfolg bisher. Vor ca. 300 Demonstranten vor seinem Rathaus versprach der Bürgermeister, die Gerichtsentscheidung abzuwarten und eine Kompromisslösung zu suchen. Mittlerweile hat sich auch die Bezirksverordnetenversammlung damit beschäftigt und es gibt große Unterstützung für den Verbleib des Denkmals.

Das Denkmal thematisiert eine in Krieg und Bürgerkrieg weltweit verbreitete Praxis der systematischen Gewalt an Frauen durch Vergewaltigung usw. Es sei nur an die Verbrechen im Jugoslawienkrieg oder an den faschistischen IS mit seinem Überfall auf die JezidInnen im Irak erinnert. Daher auch die breite Empörung und die schlechte Presse für den Bürgermeister. Ein Denkmal ist ein „Denkmal“ und muss auch seinen Finger in offene Wunden legen.

Daher ist der Friedensstatue in Moabit noch ein langes Leben zu wünschen und wir vom Arbeitskreis Internationalismus werden den Kampf um den Erhalt unterstützen.



Redebeitrag von SI Stuttgart bei der Versammlung zum **Umweltkampftag** am 14. 11.2020

Im Punkt 1 unseres neu überarbeiteten Programm heißt es: In der Welt heute haben sich riesiger Reichtum angesammelt und umfassende Kenntnisse in Wissenschaft und Technik entwickelt von hunderten Millionen kompetenten und zupackenden Menschen. Sie ermöglichen eine Welt ohne Hunger, ohne Krieg, Unterdrückung und Elend in Einklang mit der Natur. Tatsächlich werden aber die Lebensgrundlagen in bisher nicht gekanntem Ausmaß in Frage gestellt und zerstört. Es droht eine globale Umweltkatastrophe. Kriegsbrandherde häufen sich. Flucht und Migration sind zur Massenerscheinung geworden.

Regionale Umweltkatastrophen häufen sich. So sind zur Zeit die Philippinen von mehreren verheerenden Taifunen betroffen. Millionen Menschen in der Welt müssen ihre Heimat verlassen, weil Klimawandel und damit verbundene Umweltkatastrophen ein Bleiben unmöglich machen.. Und die Zahl steigt und steigt. Solidarität und Hilfe weltweit sind notwendiger denn je.

So ist es ein Arbeitsschwerpunkt von SI, den Widerstand gegen die weltweite Umweltzerstörung zu unterstützen. Wir solidarisieren uns mit Flüchtlingen und unterstützen ihre berechtigten Kämpfe um demokratische Rechte und Freiheiten, gegen die menschenverachtende Flüchtlingspolitik der EU und der Bundesregierung. Auch die Zusammenarbeit mit Partnern anhand von Projekten – in Peru das Projekt der Gärten der Solidarität der Umweltorganisation Canto Vivo – hilft den Menschen in den schwierigen Zeiten unter Corona Bedingungen.

Spenden sind Hilfe, deshalb sammeln wir von SI für dieses Projekt Spenden. Wir rufen auch weiterhin zu spenden für die Selbstorganisation der Flüchtlinge in Moria, Lesbos. Aber auch für andere Projekte, wie das Maniok-Projekt an der Elfenbeinküste, das Fluchtursachen bekämpft und den armen Bauern eine Zukunft bietet.

Leserbrief von Larry Zweig **Missbrauch des Begriffs „Antisemitismus“**

Ich habe gegen das neue SI-Programm beim BDV+ gestimmt. Ich habe Meinungsverschiedenheiten mit mehreren Texten im Programm, wie auch die gute Menge Rhetorik im Text.

Es gibt vor allem einen Begriff, den ich nicht akzeptieren kann. „Antisemitismus“ wird in Teil 6 erwähnt. „Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert.“ Das gilt für viele Dinge, darunter Menschen und Gruppen, die behaupten, gegen Antisemitismus zu sein und die Medien die darüber berichten. Ich bin schon lange besorgt. Es ist keineswegs nur SI, die den Begriff missbraucht, aber im Moment bin ich besorgt darüber, wie wir es verwenden.

Ich weiß nicht, wie oft unsere Mitglieder antisemitische Vorfälle gesehen haben, bei denen Juden direkt betroffen waren (außerhalb der Medien), aber ich glaube nicht, dass es oft, wenn überhaupt, ist ... es gibt sicherlich zu viele Vorfälle, aber nicht so viele, dass unsere Mitglieder und Freunde es sehen würden, geschweige denn die Chance haben, sich zu engagieren. Ich vertraue auf unsere Bereitschaft, Zivilcourage zu zeigen, wenn wir auf jede Art von Diskriminierung, Vorurteilen und Ungerecht stoßen.

Kürzlich haben wir bei einer offenen BV-Sitzung (alle unsere Sitzungen sind auch für nicht-BV-Mitgliedern offen) einige Zeit damit verbracht, meine Einwände zu diskutieren. U.a. zwei Personen wiesen darauf hin, dass SI und viele unserer Freunde beschuldigt werden, antisemitisch zu sein. Die Ausreden, die unsere Ankläger geben, sind immer politisch, was mit unserer Kritik an der israelischen Politik und der der politischen Unterstützer Israels zu tun hat. Unsere Unterstützung für die BDS-Bewegung wird oft erwähnt.

Die Behauptungen des Antisemitismus gegen die gewaltfreie Boykott-, Desinvestitionen- und Sanktionenbewegung, die gegen die Ungerechtigkeiten, die Israel und seine Anhänger gegen die Unrecht in Palästina und in Israel begehen, sind rein politisch. Wenn SI und Freunde versuchen, sich gegen solche Behauptungen zu wehren, ist das auch rein politisch. In keinem Fall hat es etwas mit Antisemitismus zu tun, sondern mit dem Mißbrauch von politischer und wirtschaftlicher Macht.

Zurück zur jüngsten BV-Sitzung, die beiden geäußerten Meinungen (es gibt viel mehr ähnliche Aussagen), dass SI muss deutlich machen, dass unsere Ablehnung von Antisemitismus, basierend auf den Anschuldigungen gegen uns, ist rein politisch. Ich weiß, dass Diskriminierung in jeder Form keinen Platz in SI oder von unseren Freunden hat. Ich glaube, dass die Trennung der verschiedenen Formen der Diskriminierung gegen Klarheit in unserem Programm und unserer Bewegung wirkt. Ich weiß auch, dass Israels angebliche Unterstützer, einschließlich der Medien, ein gefährliches Spiel spielen, vor allem für uns Juden, die es sich nicht leisten können, Überall „Schäfer, der Wolf schreien“.

Flohmarkt auf dem Harz & Heide - Messegelände in Braunschweig

Der Flohmarkt fand statt!

Schwer bepackt und schwer beladen, hatten die Verkäufer*innen ihre Wagen mit Waren vollgeladen, und strömten aufs Messegelände, um dort ihre Stände aufzubauen, um all die Sachen im Basarhandel zu verkaufen.

Alle Besucher*innen mussten Schutzmasken tragen, nicht aber die Verkäufer*innen an den Ständen. Trotzdem haben wir die ganze Zeit unsere Masken getragen, weil unter uns der notwendige Abstand nicht einzuhalten war.

Unsere Gruppe hat sich überlegt, Werbung für unser Projekt „Moria/Lesbos zu machen, und die gesamten Einnahmen, nach Abzug der Standgebühren, für die Flüchtlinge in Moria zu spenden, denn anders als in

Deutschland, ist die Versorgungslage der Flüchtlinge in Griechenland katastrophal schlecht.

Jedenfalls waren insgesamt 5 SI Mitglieder am Stand anwesend. Wir haben mit den Käufern und/oder Interessenten positive Gespräche über die Flüchtlingssituation geführt und selbst die Leute, die nicht so viel oder gar kein Interesse an einem Gespräch hatten, haben gesagt „Ich kaufe die Sachen und tue was Gutes dabei“.

Insgesamt nahmen wir, nach Abzug der Standgebühren (24 €), 81,75 Euro ein.

Leider mussten wir einen sehr großen Teil der Waren wieder mitnehmen, unter anderem ganz viele Bücher. Ursprünglich hatte ein Mitglied die

Idee gehabt, diese zu einer Stiftung zu bringen und dort zu spenden, aber leider nehmen sie kein Bücherspenden mehr an. Also kauften seine Eltern uns die Bücher für 20 € ab, als Zeichen der Solidarität mit unserer Arbeit und vor allem, weil sie einen Beitrag zu der Verbesserung der Flüchtlingssituation leisten wollten. Dazu hatten sie für uns am Stand eine Box mit belegten Broten, Obst und Getränke gespendet.

An dieser Stelle noch mal ein sehr herzliches Dankeschön dafür

. Das ist auch ein schönes Beispiel dafür, dass nicht nur SI-Mitglieder bereit sind zu helfen, sondern, dass wir uns auf deren Familien und Freunde stützen können. Das erleben wir immer wieder.

Ich werde Mitglied in SI:

Name: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Mein Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ €
(mindestens 1,50 €/Monat)

wird bezahlt per

Abbuchung
 jährlich anders: _____

Konto-Nummer / IBAN _____

Bankinstitut / BIC _____

Dauerauftrag ab dem _____
auf das Beitragskonto von SI

IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76
BIC: FFVBDEFF, Frankfurter Volksbank

soll bar kassiert werden

Bitte in einem Briefumschlag senden an:

Solidarität International (SI) e.V.
Grabenstraße 89 · 47057 Duisburg

www.solidaritaet-international.de



Postleitzahl, Ort: _____

Telefonnummer: _____

Datenschutzhinweis:

Ihre personenbezogenen Daten werden von Solidarität International e.V. gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) zur Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich an besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nicht.

Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://solidaritaet-international.de>

Ich habe die Datenschutzhinweise zur Kenntnis genommen.

Ich stimme der Veröffentlichung von Fotos für die Vereinsarbeit in den von uns verwendeten Medien zu.

Datum, Unterschrift

Büro:

Grabenstr. 89, 47057 Duisburg
Tel. 0203/6045790 Fax 0203/6045791
buero@solidaritaet-international.de
Bürozeit: Mittwoch 13.00 – 17.00 Uhr

Sprecher/innen der SI-Bundesvertretung:

Ute Kellert, Kantstr. 63
47166 Duisburg, Tel. 0160-2000 811
E-Mail: ute.kellert@posteo.de

Renate Radmacher, Eifelstraße 22
D-73433 Aalen, Tel. 073 61/72 52 2
E-Mail: renate.radmacher@online.de

Armin Kolb, Honiggasse 11
D-73525 Schwäbisch Gmünd, Tel 07171-65110
E-Mail AuM.Kolb@web.de

Bundesweite und örtliche Kontaktadressen:

Aalen/Heidenheim: Christa Fragner-Schneider,
Falkensteinerstraße 16, 89547 Dettingen,
E-Mail: christafragnerschneider@web.de

Aschaffenburg: Alexander Schmidt,
Hohenzollernring 2b, D-63739 Aschaffenburg,
Tel. 06021/200 734, E-Mail: alex40schmidt@aol.de

Berlin: Martina Wikowski, Rolf-Andreas Trendelenburg
Finchleyst. 2, 12305 Berlin,
E-Mail: Martina.Wikowski@gmx.de

Bochum: Helga Böttigheimer,
Telemannstr. 13, 44869 Bochum,
E-Mail: c-boettigheimer@t-online.de

Braunschweig: Bea Cockburn-Waßmann,
Geysstraße 14, 38106 Braunschweig,
Tel.: 0531/38933771, E-Mail: batraccio_pe@yahoo.com

Darmstadt: Ulrich Klingemeier,
Gagernstraße 3, 64283 Darmstadt, Tel.: 06151/1364442

Dortmund: Anne Goemann,
Am Heedbrink 76, 44263 Dortmund,
Tel.: 0151 42320618, E-Mail: annegoe@aol.com

Düsseldorf: Irmela Specht,
Zonser Straße 19, 40223 Düsseldorf,
Tel.: 0211/151695

E-Mail: Irmela@specht-online.com

Duisburg: SI-Zentrum Duisburg,
Flurstraße 31, 47057 Duisburg,
E-Mail: solidaritaet-international-Duisburg@web.de

Bürozeiten: Fr. 18.00 – 20.00 Uhr
Erlangen: Winfried Fleischmann,
91052 Erlangen, Tel.: 09131/16559

E-Mail: winfredo2000@gmx.de

Esslingen: Werner Jauernig,
Turmstraße 2, 73728 Esslingen, Tel.: 0711-350293
E-Mail: d.jauernig@t-online.de

Franken: Larry Zweig,
Theaterstraße 36, 90762 Fürth.
E-Mail: larryzweig@yahoo.com

Frankfurt/Main: Martin Semle,
Leibnizstr. 36, 60316 Frankfurt, Tel.: 0171/4153281
E-Mail: m.semle@t-online.de

Konten:

Alle Konten bei:
Frankfurter Volksbank, BLZ 501 900 00

Spendenkonto:
(unter Verwendung eines entsprechenden Stichwortes)
IBAN: DE86 5019 0000 6100 8005 84 BIC: FFVBDEFF

Beitragskonto:
IBAN: DE11 5019 0000 6100 8005 76 BIC: FFVBDEFF



Gelsenkirchen: Marlies Schumann,
Hauptstraße 40, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209/202451,
E-Mail: marlies.schumann@gmx.de

Hamburg: Christian Kölle,
Gerichtsstraße 40, 22765 Hamburg, Tel.: 040/3800936
E-Mail: SI-HH@cademica.net

Hannover: Anke Nierstenhöfer,
Kansteinweg 12, 30419 Hannover,
E-Mail: hannover@solidaritaet-international.de

Heidelberg: Udo Merzinsky,
Mannheimer Straße 203a, 69123 Heidelberg, Tel.: 06221/833506

Heilbronn: Dieter Schweizer,
Heidelbergerstr. 59, 74080 Heilbronn-Böckingen,
Tel.: 07131/254983, E-Mail: artolu@web.de

Kassel: Hans Roth,
Maybachstraße 1, 34127 Kassel, Tel.: 0152 272 818 73

Meinerzhagen: Albert Schmit,
Heidewinkel 6, 58540 Meinerzhagen, Tel.: 02358/790072

München: Torsten Zein,
Am Eisenbrunnen 5, 89547 Dettingen,
Tel.: 0176/40185629, E-Mail: tozein@gmx.de

Nürtingen/Kirchheim-Teck: Dieter Rupp,
Panoramaweg 54, 72660 Beuren

Oberhausen/Mülheim: Ingeborg Kasprk,
Lohhecke 3, 46047 Oberhausen, Tel.: 0208/646928
E-Mail: IKasprk@t-online.de

Oldenburg: Clemens Sauerland,
Lindenstr. 9A, 26180 Rastede, Tel.: 04402/9826-60, Fax: -80
E-Mail: clemens.sauerland@ewetel.net

Osnabrück: Juergen Schoeler,
Wesereschstrasse 16, 49084 Osnabrück

Rüsselsheim: Wolfgang Almeroth,
Eichengrund 16, 65428 Rüsselsheim, Tel.: 06142/2205829
E-Mail: w.almeroth@mail.de

Saarland: Helmuth Bohn – Klein,
Hermannstr.55, 66538 Neunkirchen
helmut.bohn-klein@t-online.de

Schleswig-Holstein: W. Laub,
Tel.: 03221/2324137, si-sh@arcor.de

Schwäbisch Hall: Lilo Röser,
Bahnhofstraße 15, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0791/8 46 14

Stuttgart: Dorothea Hofmann,
Beutelsbacher Str.10, 70372 Stuttgart, Tel.: 0711/640 4873
E-Mail: dorotheahofmann@gmx.de

Tübingen: Ferit Atan,
Eugenstraße 7, 72072 Tübingen

Ulm: Axel Korn,
Ochsensteige 12/4, 89075 Ulm

Varel: André Jäger,
Jahnstraße 14, 26316 Varel, Tel.: 0176/83018817

Villingen-Schwenningen: Helmut Kruse-Günter,
Langstr. 4, 78050 Villingen – Schwenningen, Tel. 07721/2068930

Impressum:

Herausgegeben im Auftrag der Bundesvertretung von
Solidarität International (SI) e.V.

Verantwortlicher der Redaktion:

Axel Kassubek, Umlandstr. 16, 34119 Kassel, Tel.: 0561/312409,
E-Mail: kassu@t-online.de

Zuschriften - bitte per E-Mail in pdf oder rft-Format - an:
waltraut.bleher@t-online.de

Vertrieb/Bestellungen:

Geschäftsstelle Solidarität International e.V., Grabenstr. 89,
47057 Duisburg, Tel.: 0203/6045790, Fax: 0203/6045791

Auflage: 1400 Stück

Layout: Verena Schulz

Druck: Druckerei Neuer Weg GmbH,
Alter Bottroper Str. 42, 45356 Essen

Spendenpreis: € 1

Für SI Mitglieder ist der Bezug des Newsletter im Mitgliedsbeitrag enthalten.